

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljahr 4.50 RM., monatlich 1.50 RM.,
 frei ins Haus, vorausschickbar. Einzelne
 Nummern 10 Pfennig. **Leihpreis:**
 Monatlich, vom Volkshändler abgeholt
 1.50 RM., vom Briefträger ins Haus ge-
 bracht 1.64 RM. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Lungarn
 3.— RM., für das übrige Ausland
 4.50 RM. monatlich. Bestand ins Feld
 bei direkter Bestellung monatlich 1.80 RM.
 Goldbestellungen nehmen an Däne-
 mark, Holland, Luxemburg, Schweden
 und die Schweiz. Eingetragen in die
 Post-Zeitungs-Verzeichnisse.
 Erscheint täglich.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Anzeigenpreis:
 Die feinsten Anzeigen 10 Pfennig, das
 festgedruckte Wort 30 Pfennig, (zünftig
 2 festgedruckte Worte), jedes weitere
 Wort 15 Pfennig. Stellenanzeigen und
 Schiffsstellenanzeigen das erste Wort
 20 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig.
 Horze über 15 Buchstaben zählen für
 zwei Worte. Teuerungszuschlag 20%.
 Familien-Anzeigen, politische und
 gesellschaftliche Berichte - Anzeigen
 60 Pfennig die Zeile. Anzeigen für die
 nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
 nachmittags im Hauptgeschäft Berlin
 W. 68, Lindenstraße 3, abgegeben
 werden. Gedruckt von 8 Uhr früh bis
 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. | Dienstag, den 2. Juli 1918. | Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97. | | Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Schweres Ringen auf der Hochfläche von Schlegien.

Die Beute seit 21. März: 191 454 Gefangene, 2476 Geschütze, 15 024 Maschinengewehre — Rege feindliche Erkundungstätigkeit an der Arrasfront und zwischen Aisne und Marne — Französischer Angriff bei St. Pierre-Aigle.

Berlin, 1. Juli 1918, abends Amtlich.
Vertische Teilkämpfe südlich des Curca.
 Amtlich. Großes Hauptquartier, 1. Juli 1918. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.
Seereschutzgruppe Kronprinz Rupprecht.
 Die Gesichtstätigkeit lebte am Abend an vielen Stellen der Front auf. Lebhafteste Erkundungstätigkeit hält an. Englische Tealangriffe nördlich von Albert wurden abgewiesen.
Seereschutzgruppe Deutscher Kronprinz.
 Zwischen Aisne und Marne rege Tätigkeit des Feindes. Mehrfach stieß Infanterie zu starken Erkundungen vor. Bei und südlich von St. Pierre-Aigle griff der Franzose gegen Mittag nach heftiger Feuerbereitung an. Er wurde abgewiesen. Ebenso scheiterten hier nördliche Vorstöße des Feindes.

Leutnant Löwenhardt errang seinen 32. Luftsteg.
 Nach Abschluß der Prüfungen beträgt die Zahl der seit Beginn unserer Angriffskämpfe — 21. März 1918 — bisher über unsere Sammelstellen abgeführten, Gefangenen (anschließlich der durch die Krankenanstalten zurückgeführten Verwundeten):

191 454.

Davon haben die Engländer 94 939 Gefangene, darunter 4 Generale und etwa 3100 Offiziere, die Franzosen 89 099 Gefangene, darunter 2 Generale, und etwa 3100 Offiziere verloren. Der Rest verteilt sich auf Portugiesen, Belgier und Amerikaner. Von den Schlachtfeldern wurden bisher 2476 Geschütze und 15 024 Maschinengewehre in die Beutesammelstellen zurückgeführt.
 Der Erste Generalquartiermeister. Lubendorff.

In der Zahl von 191 454 Gefangenen sind, wie der Seereschutzbericht hervorhebt, lediglich die unverwundeten Gefangenen inbegriffen. Zählt man die verwundeten Gefangenen hinzu, so steigt die Gefangenenzahl, wie ergänzend gemeldet wird, um Tausende über das zweite Hunderttausend. Bei der Schnelligkeit, mit der die deutschen Sturmtruppen vordrangen, fiel ein großer Teil der feindlichen Verwundeten in deutsche Hand. Die gemeldete Beute an Geschützen und Maschinengewehren umfaßt gleichfalls nicht die englisch-französischen Gesamtverluste. Geschütze und Maschinengewehre fielen an zahlreichen Stellen den deutschen Eroberern nicht nur völlig unverletzt in die Hände, sondern auch mit allem Zubehör, Richtmitteln, Proben, Verspannungen und vor allem mit überreicher Munitionsausstattung. Hunderte von Geschützen, laufende von Maschinengewehren wurden so von der kämpfenden Truppe unmittelbar in Gebrauch genommen.

Der österreichische Bericht.

Wien, 1. Juli 1918. Amtlich wiederverlautbart:
 Südlich von Asiago kam es erneut zu heftigen Kämpfen. Da der Col del Rosso und der Monte di Val Bella sich nur unter großen Opfern hätten behaupten lassen, wurden die Besatzungen dieser Punkte in die frühere Hauptstellung am Walde von Steufe zurückgenommen.
 Südlich von Canova bei Asiago wiesen wir feindliche Erkundungen ab.
 Unsere Land- und Seeflieger unternahmen im Wandungsgebiet der Piave erfolgreiche Flüge gegen militärische Anlagen des Feindes und kehrten vollständig zurück.
 Der Chef des Generalstabes.

Die Erkundungskämpfe im Westen.
 Berlin, 1. Juli. (W. Z. B.) Die Nervosität der französischen Seereschutzleitung hält an. An der gesamten Front vom Neuport-Kanal bis Mülhausen suchte sie am 30. Juni und in der Nacht zum 1. Juli durch Vorstöße von Patrouillen und Erkundungsabteilungen Einblick in die deutschen Abteilungen zu bekommen. An der Amiensfront versuchten Engländer und Franzosen bei Albert und Castel durch größere Vorstöße ihre Linien zu verbessern. In allen Stellen wurde der Angreifer verlustreich im Sandgraben- und Maschinengewehrfeuer abgewiesen, aber im Gegenzug völlig zurückgeschlagen. Gefangene blieben zahlreich in deutscher Hand.

Der holländische Seileitzug und die deutschen Farbstoffe.

Die holländische Regierung gibt in einer langen Erklärung bekannt, daß der Verlauf der sich nun über mehrere Monate hinziehenden Verhandlungen mit England wegen Abführung eines holländischen Seileitzuges nach Niederländisch-Indien sie zum Nachgeben in einer Frage gezwungen hat, die nicht nur für sie, sondern auch für die deutsche Industrie wichtig ist.
 Ein Seileitzug sollte vornehmlich Regierungsbeamte und staatliche Güter nach Indien bringen. Nach Überwindung der Schwierigkeiten, die zunächst der Abführung eines Seileitzuges überhaupt bereitet wurden (neutralen Staaten könne das Recht der Seileitung von Handelsdampfern nicht zuerkannt werden), wurde ein Kapitel der Schwierigkeiten wegen des Transportes deutscher Farbstoffe eröffnet. Die englische Regierung stellte sich auf den Standpunkt, daß sie gegen solchen Transport an und für sich keine Einwendung erheben würde, wenn sie sich überzeugen könnte, daß die Farbstoffe nicht aus anderen als feindlichen Ländern bezogen werden könnten. Daß der holländische Seileitzug nicht zur Abfahrt gelangte, hing mit dem Verschleppen der Entscheidung in dieser Frage zusammen, und jetzt hat die holländische Regierung erklärt, aus einer englischen Antwort vom 29. Juni ergebe sich, daß keine Uebereinstimmung erzielt werden konnte. Daraus aber zieht sie die Folgerung, daß die deutschen Farbstoffe wieder ausgeladen werden müssen, um endlich ein Abfahren des Seileitzuges möglich werden zu lassen.
 Ein neuer Gewaltakt also, der den Handelskrieg der Entente und in diesem Fall besonders Englands gegen die Neutralen kennzeichnet. Um die Verbindung mit seinem indischen Kolonialbesitz zu sichern, entscheidet sich Holland für ein Unterbücken unter die Faust des englischen Seesabsolutismus.

Daß der eben erfolgte Rücktritt des holländischen Marineministers, des Konteradmirals Ramboonet, mit diesem Entschluß der Regierung zusammenhängt, wird in holländischen Blättern offen ausgesprochen und bitter glossiert. In der Amsterdamer „Toekomst“ wird gesagt: „England greift einfach ein, als ob wir die Republik Liberia oder ein kleiner mittelamerikanischer Banditenstaat wären... Der Verband droht und wir geben nach.“ Das Blatt sagt, die Liquidation Hollands sei in vollem Gange.
 Morgen finden in Holland die Wahlen zur Zweiten Kammer statt, die nach dem neuen Wahlgesetz — bei allgemeinem und gleichem Stimmrecht mit Stimmpflicht und nach dem Verhältnisssystem — vollzogen werden. Eine Rede, die Troelstra vor einigen Tagen hielt, ließ erkennen, wie sehr die internationale Politik Hollands, insbesondere seine Stellung zwischen England und Deutschland, die Geister im Wahlkampf beschäftigt.

Budgetabstimmung in der französischen Kammer.

Die Sozialisten fordern Bekanntgabe der Kriegsziele.
 Bern, 1. Juli. Bei der Erörterung der provisorischen Budgetabstimmung in der französischen Kammer am vergangenen Donnerstag gab Mistrail namens der Sozialisten folgende Erklärung ab: Wir wollen die Abstimmung über das Budget nicht verzögern und werden deswegen eine Debatte über die äußere Politik nicht aufwerfen. Wir behalten uns dies für später vor.
 Mistrail verlas sodann ein Manifest der Confédération Générale du Travail und wies nachdrücklich auf die Forderung des Manifestes bezüglich der Bekanntgabe der Kriegsziele hin, wobei er sagte, es werde bald die Initiative zur Erörterung des Manifestes in der Kammer ergriffen werden, was lebhaften Beifall bei der äußersten Linken auslöste; rechts wurden Protestrufe laut.
 Die provisorischen Zwölftel wurden schließlich mit 481 gegen 2 Stimmen angenommen.

Schiffahrt und Schiffbau.

Von Paul Müller (Hamburg).
 Der Besuch, den der Deutsche Reichstag in so stattlicher Zahl am 15. und 16. Juni Hamburg als der Metropole der deutschen Schiffahrt und des deutschen Schiffbaus zu Studienzwecken machte, hat das Augenmerk der großen deutschen Öffentlichkeit nicht nur auf die ungeheure national- und weltwirtschaftliche Bedeutung, sondern auch auf die durch den Weltkrieg 1914-1918 erklärlicherweise stark beeinträchtigte Lage der deutschen Seeschiffahrt und des deutschen Schiffbaus gerichtet.

Ueber die national- und weltwirtschaftliche Bedeutung der deutschen Seeschiffahrt und des deutschen Schiffbaus in Friedenszeiten konnten Zweifel nicht bestehen, was bei dem Umfang und Einfluß dieser Industrie erklärlich ist. Ueber ihre gegenwärtige Lage machen sich weite Kreise der deutschen Öffentlichkeit in den verschiedensten Richtungen falsche und irrige Vorstellungen, denen zu begegnen wir aus wirtschaftlichen und politischen Erwägungen heraus dringend erwünscht erscheint.

Die Lage der (neun Zehntel der deutschen Reederei überhauptr repräsentierenden) Großreederei in Hamburg und Bremen während des Krieges ist der großen Öffentlichkeit deshalb unbekannt geblieben, weil die sämtlichen Großreedereien — und zwar nicht nur in Hamburg und Bremen — von der Verpflichtung zur Vorlage ihrer Jahresabschlüsse in den Kriegsjahren 1914-1917 von der Regierung entbunden worden sind. Feststellen will ich aber, daß die gesamten deutschen transatlantischen Groß- und auch die Mittelreedereien unter dem Druck des Krieges ungemein schwer zu leiden haben. Zur Illustration diene die Feststellung, daß abgesehen von den riesigen Schiffs- und Schiffsraumverlusten, Großreedereien, die in den letzten Friedensjahren Durchschnittsdividenden von 5-6 Proz. erzielten, in den Kriegsjahren größtenteils mit erheblichen Verlusten arbeiten oder im günstigsten Falle Dividenden bis zu 3 Proz. erzielen, die in den meisten Fällen nicht durch Handelschiffahrt, sondern durch anderweitige geschäftliche Unternehmungen erzielt sind. Die Schiffahrt, die sie betreiben, betreiben sie entweder mit Verlust oder mit Gewinnen, die nur die Betriebsunkosten decken, da diese namentlich für Großreedereien mit Riesenschiffen, die sich für die Nord- und Ostseefahrt recht wenig eignen, enorm gestiegen sind.

Wenn trotzdem die allermeisten deutschen Reedereien an nicht unwesentliche Erhöhungen ihres Aktienkapitals herantreten sind oder herantreten müssen, so nicht zuletzt deshalb, weil sie mit ihrem bisherigen Aktienkapital trotz der ihnen nach dem Wiederaufbaugesetz zukommenden Reichsbeiträgen einen durchgreifenden Wiederaufbau ihres Schiffsparks bei den heute und nach dem Kriege herrschenden — um 300 bis 350 Proz. gestiegenen — Schiffspreisen nicht herantreiben können. Der Wiederaufbau der deutschen — namentlich transatlantischen — Handelsflotte wird den Reedereien trotz der Reichsbeiträgen größere Lasten aufbürden, als sie der Neubau der verlorenen deutschen Handelsflotte in Friedenszeiten ausmachte.

Wenn trotzdem auf dem deutschen Geldmarkte eine zeitweilige tollkühne Spekulation auf Schiffahrtsaktien einsetzt, so haben die Großreedereien diese unfinnigen Wertenänderungen weder ingeniert, noch haben sie die Macht, sie zu verhindern. Sie können nicht mehr als heute schon voraussetzen, daß die Spekulanten arge Enttäuschungen erleben werden.

Günstiger als die deutsche Großreederei für transatlantische Fahrten, steht sich in den Kriegsjahren 1916 bis 1917 die Kleinreederei für Nord- und Ostseefahrten, die zumeist ihren Sitz in den Ostseehäfen von Flensburg bis Königsberg hat. Auch im Elbe- und Wesergebiet haben einige dieser Reedereien ihren Sitz. In der Fahrt an den deutschen Küsten, nach skandinavischen Häfen, und insbesondere in der Erzfahrt, erzielen sie Frachten und Mieten, die ihnen trotz der hohen Betriebs- und Versicherungskosten einen nicht unerheblichen Nutzen liefern. 15 bis 20 dieser Reedereien konnten 1916 Dividenden von 5 bis 25 Proz. ausschütten, und haben es 1917 auf 10 bis 40 Proz. Dividende gebracht, soweit Aktiengesellschaften in Frage kommen. Die Privat- und Partreederei stand sich nicht weniger günstig. Daneben sind selbstverständlich bei allen diesen Reedereien respektable Abschreibungen gemacht worden.

Der allgemeine Schiffsraummangel, die enorm gestiegenen Schiffsbaupreise und die Spekulation auf hohe Zukunftsprämien, haben auch in Deutschland die Preise für alte Dampf- und Segelschiffe ganz enorm gesteigert: im In- und Auslande. Schiffe zum Friedenspreise von 200 Mark pro Tonne, erzielen heute 6-700 Mark pro Tonne.

Das sind Folgen des Krieges, die nur ein verschwindend kleiner Teil der deutschen Meeres- und Schiffbauindustrie, ungefähr ein Zehntel der gesamten Meeres- und Schiffbauindustrie, namentlich in den Nordseehäfen, stehen heute vor förmlichen Trümmerhaufen ihrer einstigen maritimen Herrlichkeit.

Blühend hat sich gegenüber der deutschen Großschiffahrt die Lage des deutschen Schiffbaus in den Kriegsjahren 1914—1918 gestaltet. Kaum eine zweite deutsche Industrie befand sich in den letzten Friedensjahren in einer so prekären Lage wie der deutsche Schiffbau, soweit die Gewinnerzielung in Frage kommt. Die Krieg hat darin eine grundstürzende Veränderung bewirkt. Konkurrenzlos produzieren die deutschen Werften fast ausschließlich für die Marine, in Neubau, Umbau und in Reparaturen. Richtig schwellen ihre Aufträge für Neubauten nach dem Kriege an. Ihre Bilanzen nehmen erhebliche Dimensionen an, und Aktionäre deutscher Werften, die in Friedenszeiten sich mit 0—5 Proz. Dividenden abspeisen lassen mußten, oder gar mit Verlusten zu rechnen hatten und vor der Pleite standen, quittieren heute über Dividenden von 10—20 Proz. bei starken Abschreibungen, beachtlichen Betriebkapitalerhöhungen und riesenhafte Betriebsveränderungen. Die Folge ist, daß lebhafteste Spekulationen in der deutschen Schiffbauindustrie einziehen. Neben den 22 alten deutschen Seeschiffwerften sind bereits 14 neue Werften gegründet und zum Teil bereits im Entstehen begriffen, und die Gründung von 6—7 weiteren neuen Seeschiffwerften steht noch zu erwarten. Also ein reines Gründungsieber.

Ohne Frage: Auch die Zeit nach dem Kriege wird der deutschen Schiffbauindustrie eine glänzende Baukonjunktur für den Handels- und Kriegsschiffbau bringen. Diese Konjunktur kann aber naturgemäß nur für einige 5—6 Jahre anhalten, dann muß ein Sinken der Baukonjunktur eintreten, und der Krach muß über die meisten der heutigen neuen Werftgründungen hereinbrechen, die heute wie Pilze aus der Erde hervorschießen.

Nach habe hier ein knappes aber getreues Bild von der Lage der deutschen Seeschiffahrt und des Schiffbaus quasi als Nachwort zu der Hamburger Tagung des Reichstages entworfen. Ernst ist demnach die Lage der deutschen Meeres- und Schiffbauindustrie, und zum mindesten zweifelhaft sind ihre Zukunftsaussichten, namentlich wenn wir uns die wirtschaftlichen Kriegsziele der Entente vor Augen führen, die sehr ernste Miene macht, dem Waffenkrieg in einem Wirtschaftskrieg ein äußerst bedenkliches Nachspiel zu geben.

Das sind Tatsachen und Möglichkeiten, auf die Regierung und Reichstag bei ihren zu treffenden Maßnahmen der Seeschiffahrt gegenüber auch im Interesse der Arbeiterschaft Rücksicht zu nehmen haben.

Die Monarchiefrage Finnlands.

Evinhusud gegen Eduard David.

Stockholm, 30. Juni. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Aus Helsingfors wird gemeldet: Senator Evinhusud erklärt gegen den finnischen Reichstagsabgeordneten Dr. David, Ursache des Aufstandes in Finnland seien nicht monarchistische Pläne der Bourgeoisie, denn der Senat schlug im Dezember die republikanische Regierungsform vor. Die Entscheidung lag bei den sozialistischen Landtagsmännern, welche den Aufstand vorzogen. Vorher dachte niemand in Finnland an ein Königtum. „Futubadsblad“ fügt hinzu, David heiße selber ein Volkskönigtum in Deutschland gut. Die auf Grund des nationaldemokratischen Wahlsystems gewählten Sozialisten seien nicht vom Landtage ausgeschlossen.

Gegen Evinhusud ist einzuwenden, daß die Sozialisten nicht den Aufstand vorzogen, sondern ablehnten und erst, als dieser vollzogene Tatsache war, eine Regierung bildeten. „Futubadsblad“ argumentiert sophistisch, da im Landtag nur zwei Sozialisten übrig blieben, die übrigen aber teilweise verhaftet sind. Tatsache ist, daß der Landtag jetzt statt 200 110 Mitglieder hat, wovon fast die Hälfte republikanisch ist.

Die finnischen Monarchisten haben die Hoffnung aufgegeben, die Monarchie derzeit durchzusetzen, da selbst im jetzigen zusammengekommenen Landtag nur 59 Abgeordnete für Monarchie sind, was die für eine Verfassungsänderung notwendige Zweidrittelmehrheit ausschließt. Ein Referendum ist eben darum schwierig, besonders da die Monarchisten selbst einen republikanischen Ausgang des Referendums befürchten. Darum halten die schwedischen Finnen, welche mit den Finninen die Monarchie verfechten, eine Königswahl vor 1920 für unmöglich. Die Anwendung der von Seiten der Rechten vorgebrachten juristischen Konstruktion, daß Finnland gemäß der Verfassung von 1772 noch Monarchie sei und der König einfach gewählt werden könne, ohne die Verfassung abzuändern, ließe auf einen Staatsstreich hinaus, welchen die Monarchisten selbst angesichts der fortwährenden, durch Hungernot verschärften Innentrisis ablehnen. Vorläufig soll der Rechtsblock regieren, es ist aber fraglich, ob die Mehrheit solange beisammenbleibt, wenn nicht die Finninen derzeit den schwedischen Finnen in der Sprachenfrage Konzessionen machen wollen. Jedenfalls lehnen sie die administrative Zweiteilung ab. Die Monarchisten werfen den Republikanern vor, daß sie unter Einfluß der Entente arbeiten. Tatsächlich sind bei den Linksparteien antideutsche Strömungen bemerklich, die aber fast der Verfassung entstammen, daß Finnlands Selbstbestimmungsrecht in der Monarchiefrage beschränkt werden könnte.

Das polnische Heeresgesetz.

Warschau, 29. Juni. Der Entwurf des polnischen Heeresgesetzes, welcher dem Staatsrat vorgelegt, sieht nach den Blättern aktiven Heeresdienst und Hilfsdienst vor. Die Dienstpflicht beginnt mit dem 18. und endet mit dem 50. Lebensjahre. Der Dienst im lebenden Heere ist zweijährig, so dann Reserve, Landwehr und Landsturm. Hilfsdienstpflichtig (nur im Steige) sind alle nicht unter die Waffen Gerufenen vom 18. bis 50. Lebensjahre. Befreit vom Heeresdienst sind die gewählten Kaplanen und Mönche, Pastoren der evangelischen Konfessionen sowie die Vorsitzenden der jüdischen und anderen Kultusgemeinden, Abiturienten der Mittelschulen oder solche, die mindestens sechs Klassen mit Erfolg besucht, können einjährigfreiwillig dienen. Der Staatsrat oder Landtag setzt das jedes Jahr einzuziehende Kontingent fest. Aus den Uebergangsvorschriften sei erwähnt, daß der Dienst in den polnischen Legionen oder anderen polnischen Truppenteilen während des Krieges als Heeresdienst gilt. Die Dienstzeit im russischen Heere wird angerechnet. Russische Reserveoffiziere können nach entsprechender ergänzender Ausbildung übernommen werden.

Der Prozeß gegen die polnischen Legionäre.

Warschau, 30. Juni. Am 28. Juni sagte Legionsoberleutnant Gliniecki aus, er habe am 15. 2. den Befehl erhalten, seine Batterie nach Balawa zu verlegen. Vor Balawa habe ihm Legionsführer Nziemblo gemeldet, daß alle Gefühle bis auf eins schon in Balawa seien. Er sei daher nach Kogman zurückgegangen, um dieses Gefühl besitzigen zu können. Da habe er zwei Automobile bemerkt, aus denen österreichisch-ungarische Offiziere ausgestiegen seien. Die Beschildigung, daß er Untergebene zur Auflehnung aufgezwungen habe, wobei die einschreitenden 1. und 2. Offiziere mit schußfertigen Waffen umstellt und zum Halten gezwungen seien, stellte der Angeklagte in Abrede. Er habe die Aufforderung des Hauptmanns Knapp, nach Suchowersko zurückzuführen, damit beantwortet, daß er dies nicht tun könne, weil er den Befehl seines Abteilungs-kommandanten ausführen müsse. Er vermutete, daß es sich um eine politische Demonstration handle. Dann habe er aber Czernowiz nach Sadagora fahren wollen. In Czernowiz sei er verhaftet und in die Kaserne geführt worden.

In der Verhandlung am 29. 6. wurden alle Offiziere der ersten Feldkanonenbatterie vernommen. Legionsleutnant Anton Wilinski Ostrowski sagte ähnlich aus wie Gliniecki. Er sei gleichfalls unweit Czernowiz mit seiner Batterie von einer starken österreichisch-ungarischen Patrouille umzingelt und verhaftet worden. Dort habe er erfahren, daß die Infanterie zu Muzniak übergeben wolle. Nziemblo gestand, daß bei den Legionären viel über Muzniak gesprochen wurde. Von dem ihm zur Last gelegten Vorhaben will er jedoch nichts wissen.

Skandinavische Ministerkonferenz.

Auf Einladung der dänischen Regierung fand vom 28. bis 29. Juni 1918 in Kopenhagen eine gemeinsame Beratung der dänischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten und der Staatsminister und Minister der auswärtigen Angelegenheiten Norwegens und Schwedens statt. Man stellte vollkommene Uebereinstimmung fest in bezug auf eine Politik unparteiischer Neutralität. Auf der Grundlage bereits gemachter Erfahrungen einigte man sich über einen Versuch, die Mittel für ein gemeinsames handelspolitisches Wirken auch nach dem Kriege ausfindig zu machen. Ferner wurde die Frage einer gemeinsamen Tätigkeit der drei skandinavischen Länder auf dem Gebiet der Sozialpolitik erörtert und eine Klärung des interparlamentarischen Rates führte zu dem Beschluß, Vertreter der drei Regierungen zu ernennen, um die Möglichkeit einer solchen Zusammenarbeit zu prüfen.

Man erörterte noch die folgenden Fragen: Bestimmungen über die Einschränkung des Zugriffs Fremder in die drei Länder mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten der inneren Ordnung, der Ernährung und Unterbringung. Man einigte sich über einen Versuch, entsprechende Maßregeln über die Frage zu treffen, in welchen Fällen Fremde der Steuerpflicht unterworfen werden sollen.

Es handelt sich hierbei um das bei Kriegsausbruch aktuell werdende Problem, die kapitalistischen Elemente zu erfassen, die sich den ungeheuren Steuerlasten, denen die Länder des Krieges ausgesetzt sind, durch Abwanderung entziehen werden.

Der Kampf um den Monte Valbella.

Italienischer Bericht vom 30. Juni. Auf der Hochfläche von Alago, wo der heldenmütige Widerstand unserer Truppen am 15. Juni den Ansturm der an Zahl überlegenen feindlichen Massen brach und wo italienische, französische und englische Truppen der tapferen 8. Armee in täglichem Wett-eifer an Tapferkeit sich im Kampfe verbrühten, lebte der Kampf gestern früh, durch starkes Artilleriefeuer genährt und unterstützt durch Ueberflugsunternehmungen der Artillerie und Truppen, energisch von den Alliierten geführt, wieder auf. Unsere Truppen griffen den Monte Valbella an und es gelang ihnen, ihn dem Feinde nach hartem Kampfe fortzunehmen. Tag und Nacht wurden große Massen des Feindes vergebens zu Gegenangriffen und zum Massenmord dargeboten, wurden aber durch unsere Infanterie zurückgetrieben und durch konzentriertes Artilleriefeuer und durch Kühne Kampfpläne mit Maschinengewehren bezwungen. Die eroberte Stellung wurde durch uns festgehalten. Wir machten 21 Offiziere und 788 Mann der feindlichen Truppe, die zu vier verschiedenen Divisionen gehörten, zu Gefangenen. Wir eroberten außerdem Kanonen, Mörser und zahlreiche Maschinengewehre. Mehr nach Osten zwischen dem Brenzelo-Tal und der Brenta nahm eine unserer Abteilungen einen starken Stützpunkt und einen feindlichen Beobachtungsposten auf den Südhängen des Sasso Rosso im Sturm und machte dabei zwei Offiziere und 81 Mann zu Gefangenen. Auf dem übrigen Teil der Front führte unsere Artillerie wirksames Stützfeuer aus. Bei Capo Sile brachten uns Patrouillenunternehmungen Gefangene ein.

Der U-Boot-Krieg in der Irischen See. Das unter dem Kommando des Kapitänsleutnants Jeth Beheide U-Boot hat in der Irischen See und deren Zufahrtswegen drei besonders wertvolle Dampfer von je 5000 bis 6000 Gr. R. T. Größe versenkt. Zwei dieser Dampfer wurden aus Italien, nach England einlaufenden Geleitzügen herangezogen. Im Ganzen nach neu eingegangenen Meldungen unterer U-Boote: 20 000 Gr. R. T.

Der Leutnant Bogdanow ermordet. Wie die „Brand“ vom 28./18. April 1918 berichtet, soll der berühmteste aller russischen Volkshelden, S. A. Bogdanow, kürzlich in Amerika auf Befehl einer Gruppe internationaler Terroristen ermordet worden sein.

Der Petersburger Winterpalast als Minister-Residenz. Der Rat der Kommissare der Petersburger Arbeiterkommune hat beschlossen, das Gebäude des Winterpalastes künftig zur Veranschaulichung von Ministerien und ähnlichen Stellen des Volkes zu verwenden.

Die Ermordung Wolodarskis. Die „Politiken“ aus Petersburg erzählt, teilte dort Ulrichs bei dem Zusammenritt der Sowjets am letzten Sonnabend mit, die Kollige habe sichere Beweise dafür, daß die Ermordung Wolodarskis von Sozialrevolutionären der Rechten mit Unterstützung englischer Gelder organisiert worden sei. Wolodarski wurde am Sonntag unter großen Feierlichkeiten begraben.

Kriegsgericht über die griechischen Offiziere in Otrich. Wie der „Tempo“ berichtet, wird das Kassationsgericht von Athen diese Woche den Fall der griechischen Offiziere in Otrich aburteilen. Der Staatsanwalt verlangt Verhängung der Todesstrafe.

Die vermittelte Autonomie des Peloponnes. Bern, 1. Juli. Vor dem Kriegsgericht von Sparta erschienen zwei Defektoren sowie ein ehemaliger Staatsanwalt und ein Oberst, die versucht hatten, vor der Einsetzung der Regierung Venizelos die Autonomie des Peloponnes zu verklären. Das Gericht verurteilte sie sowie neun ihrer Genossen zu acht Jahren Zwangsarbeit.

Das Brach der Königin Regentes vergebens gesucht. Amsterdam, 1. Juli. Die Niederländische Telegraph-Agentur meldet aus dem Haag, daß der Seeschleppdampfer „Zeeland“, der am Sonnabendmittag zur Untersuchung des Brachs der Königin Regentes ausgefahren war, vorläufig wieder nach Nieuwe Deep zurückgeführt ist, da man von dem Brach keine Spur mehr entdecken konnte.

Seetreffen an der Flanternküste. London, 29. Juni. Sperr. Die britische Admiralität teilt mit: Am Abend des 27. Juni schickten vier englische Zerstörer, während sie an der belgischen Küste patrouillierten, acht feindliche Torpedobootszerstörer. Unsere Zerstörer führten mit östlichem Kurs und voller Geschwindigkeit und vermittelten den Feind auf großen Abstand in ein Gefecht. Nach einviertelstündigem Kampf ließen drei weitere Torpedobootszerstörer zum Feinde, worauf sich unser Geschwader auf die Hauptfront zurückzog (wörtlich: fell back on their supports). Der Feind folgte nicht und das Gefecht wurde abgebrochen. Keins unserer Schiffe wurde beschädigt.

Ostmarkenpolitik im Verordnungswege.

Ansiedlungsunternehmen in Kurland.

Kowno, 27. Juni. (B. T. L.) Generalfeldmarschall v. Hindenburg als Chef des Generalstabes des Heeres hat, wie die „Baltisch-Baltischen Mitteilungen“ erfahren, unter dem 17. Juni eine Verfügung über die Bodenfrage in den Gebieten der östlichen Militärverwaltungen erlassen, die in großzügiger Weise die Bestiedelung Kurlands anbahnt. Sie hebt hervor, daß, wenn die von Russland jahrelang unterworfenen nachlässigen Mandatsstaaten in den schützenden Kreis des deutschen Wirtschaftslebens treten, das ganze Volk, die Allgemeinheit, den Nutzen davon haben soll. „Volkswohlstand besteht nicht in einer kleinen Zahl von Großkapitalisten, sondern einer möglichst großen Zahl leistungsfähiger, selbständiger, heimischer und heimischer Staatsbürger, die dem Staate das liefern, was er in allererster Linie braucht: Menschen, gesund an Leib und Seele. Solch ein Geschlecht von Siedlern läßt sich nur begründen, wenn

die Spekulation ferngehalten

wird.“ Durch zielbewußte Handhabung der vom Generalquartiermeister und vom Oberbefehlshaber Ost erlassenen Verordnungen sind die gemeinschaftlichen Gefahren der Bodenpreissteigerung zu bannen und einer gesunden Besiedelung des Landes die Wege frei zu halten.

Die vom gleichen Tage datierte Verordnung des Generalquartiermeisters Hahnhorff über diese Landabgabe und Siedelung in Kurland verpflichtet jeden kurländischen Rittergutsbesitzer, dessen Gesamtgrundbesitz die Größe von 1000 Posten (gleich 800 Hektar) erreicht, an die Landgesellschaft „Kurland“ als Trägerin des Ansiedlungsunternehmens

ein Drittel seines Gesamtareals,

und zwar für Zwecke der Besiedelung geeignetes Land im Wege des Kaufvertrages zu überlassen. Der Erwerbpreis für die Landgesellschaft „Kurland“ hat dem Friedenspreis des Jahres 1914 zu entsprechen. Die Verpflichtung ist zunächst in dem Umfange zu erfüllen, daß jedes beteiligte Gut 25 Proz. seiner Fläche an die Landgesellschaft „Kurland“ verkauft. Die restlichen 75 Proz. sollen nach Möglichkeit freihändig zum Friedenspreis des Jahres 1914 durch die Landgesellschaft „Kurland“ erworben werden. Die Verordnung gilt auch für die im Herzogtum Kurland gelegenen Fideikomnisse.

Es scheint uns aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht möglich, die Frage der Besiedelung in Kurland so fargenbald auf dem Verordnungswege zu erledigen, wie das anscheinend geschehen soll. Die baltischen Barone sollen ein Drittel ihres Grundbesitzes gegen Bezahlung hergeben, — der Plan einer unentgeltlichen Vergabe, wie sie diese Kreise selber ursprünglich als Dank für die Einbeziehung Kurlands in die deutsche Reichsfläche in Aussicht gestellt haben, ist offenbar als zu „hohem Preis“ fallen gelassen worden. Sollen aber die Güter bezahlt werden, so ist es doch das Reich, das zunächst mittelbar oder unmittelbar die Gelder dazu hergibt. Daraus ergibt sich ganz von selber Recht und Pflicht des Reichstages, in dieser Sache mitzureden. Aber auch abgesehen vom rein Finanzellen handelt es sich um eine Frage, die für das Geschick von vielen Hunderttausend Reichsangehörigen entscheidend werden kann. Auch deshalb ist eine Ausschaltung des Reichstages bei ihrer Lösung nicht angängig. Schließlich hat die ganze Frage aber noch eine hochpolitische Bedeutung: Es wird hier eine neue Ostmarkenpolitik inauguriert, die mit der preußisch-polnischen Ostmarkenpolitik gewisse Parallelen aufweist. Nicht zuletzt aus diesen Gründen ist eine scharfe parlamentarische Kontrolle des Unternehmens notwendig.

Die Verfügung des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg legt auch noch einige weitere Fragen nahe: Ist die Bodenbesiedelung und der agrarische Großkapitalismus nur in Kurland ein Uebel? Darum werden nicht auch innerhalb der deutschen Grenzgebiete die „gemeinschaftlichen Gefahren der Bodenpreissteigerung“ gebannt, anstatt wie bisher durch eine verfehlte Gesetzgebung gesteigert zu werden? Wird auch bezüglich des ostelbischen Großgrundbesitzes eine ähnliche Maßregel wie in Kurland geplant? Und warum werden Fideikomnisse nur in Kurland angegriffen, während man in Preußen mit immer neuen Schutzbestimmungen ihr entwicklungsfeindliches Wachstum zu stärken sucht?

Kurze Anfrage Nr. 500.

Auch ein Jubiläum.

Haupt- und Stützpunkten im Januar 1912 waren vorüber. Neu- und wiedergewählte Abgeordnete rüsten zu neuer Arbeit, zu parlamentarischer Tätigkeit. Die Geschäftsordnung des Reichstages ist nicht mehr zeitgemäß, sie muß geändert werden. Zentrum, Freisinnige, Nationalliberale und Sozialdemokraten verlangen in der Zeit vom 9. bis 15. Februar 1912 durch gesonderte Anträge die Wahl einer besonderen Kommission zur Prüfung und Neufassung der Geschäftsordnung, in welcher vor allem eine Bestimmung enthalten sein soll, durch welche die Stellung „Kurzer Anfragen“ ermöglicht wird.

In der sechsten Plenarsitzung am 15. Februar 1912 bei Gelegenheit der ersten Beratung des Reichshaushaltssetats führt der Abg. Dr. Jund u. a. folgendes an:

Meine Herren, wir wünschen ferner, daß es diesem Reichstag gelingen möge, das Antragsrecht bei Interpellationen einzuführen. Es ist unerträglich, daß der Reichstag sich durch seine eigene Geschäftsordnung gerade bei den wichtigsten Angelegenheiten selbst einen Maulkorb vorbindet. Wir wünschen ferner, daß das Institut der kurzen Anfragen eingeführt werde, die ganz besonders geeignet sind, eine nähere Verbindung zwischen Parlament und Exekutive herzustellen, ein Recht, das um so gleichiger sein wird, wie offen bekannt werden möge, je zurückhaltender und flüchtiger der Reichstag bei Ausübung seines Frager Rechtes sein wird. Die Kunst des Fragens in Angelegenheiten namentlich der auswärtigen Politik und die nötige Zurückhaltung bei Ausübung des Frager Rechtes muß natürlich gelehrt werden. Wir sind aber überzeugt, daß der Deutsche Reichstag das nötige Verantwortlichkeitsgefühl haben wird.

Wie wohnen die kinderreichen Familien?

Wenn man von Wohnungsfragen spricht, so trifft man diese im verhärteten Maße bei den kinderreichen Familien. Die kinderreichen Familien können immer noch über alle Wohnungsnotlagen hinwegkommen. Die kinderreichen Familien dagegen leiden doppelt und dreifach. Nun ist zwar die Zahl dieser Familien in Berlin leider nicht sehr groß. Das ist auch eine Folge des Berliner Wohnungselends. Denn die durchschnittliche Berliner Mietkategorie ist eigentlich auf kinderreiche Familien gar nicht berechnet. In den engen Höfen, um die herum sich viele Dutzende von Wohnungen befinden, können Kinder kaum untergebracht werden. Kinder bedürfen einen Auslauf wie die Hühner um den Stall herum. Einen solchen Auslauf bieten die Berliner engen Höfe aber nicht, auf denen außerdem den Kindern der Aufenthalt grundsätzlich noch verboten ist. Wir haben daher in Berlin im Durchschnitt nur noch 2,7 Kinder auf die Familie.

Um so schlimmer sind aber die kinderreichen Familien daran. Diese sind fast wie Frösche auf stehendem Land gefest. Sie können nicht gedeihen. Ihrer sich anzunehmen, ist die Hauptaufgabe aller Wohnungsfürsorge.

Leider haben wir aber die Berliner Wohnungsverhältnisse kinderreicher Familien noch keine besonderen Studien. Es sind aber neuerdings über verschiedene rheinische Städte recht gute Beschreibungen der kinderreichen Wohnungen bekannt geworden. Das beste Buch darüber hat Dr. Marie Baum veröffentlicht unter dem Titel „Wohnweise kinderreicher Familien“, bei Carl Heymann in Berlin. Auch über M. Glöckner, über Köln-Ehrenfeld und verschiedene badische Städte sind recht gute Darstellungen erschienen. Was ist nun das Gemeinsame bei allen diesen Veröffentlichungen? Eins ist durchgehend: Je kinderreicher eine Familie ist, um so weniger kann sie für die Wohnung aufwenden, da in erster Linie Essen und Trinken, Kleider und Schuhe Anforderungen stellen. Die kinderreichen Familien wohnen also nicht ohne weiteres teurer als ihre kinderarmen Genossen, aber entschieden bedeutend schlechter. Die Mietpreise bleiben im Durchschnitt unter ein Fünftel des Einkommens. Dabei müssen kinderreiche Familien das einzelne Zimmer oder dieselbe Wohnung meist noch teurer bezahlen als die kinderarmen. Die Hauswirte lassen sich sehr häufig die zuweilen härtere Abnutzung der Wohnungen und den größeren Kinderlärm besonders bezahlen. Man kann sich also darüber ein Bild machen, wie zusammengepfercht die Kinder in solchen Familien aufwachsen, auf deren Pflanze der Staat doch besonders stolz sein muß.

Besonders überfüllt sind die Schlafräume. Die hauptpolizeilichen Bestimmungen, wonach Schlafräume als überfüllt gelten, wenn noch nicht 10 Kubikmeter Luft auf die Person kommen, sind dabei völlig unzureichend. Rechnet man doch in Gehängnissen 20 Kubikmeter Luft auf die Person. Vor allem genügen die Schlafräume nicht, um die Geschlechter auch nur einigermaßen zu trennen. In Düsseldorf sind in dieser Beziehung fast die Hälfte der in Betracht kommenden Wohnungen überfüllt. Auf ein Bett kommen dort 2,5 Personen. In M. Glöckner und Ehrenfeld ist es kaum besser.

Im einigermaßen an Miete zu sparen, sehen sich die kinderreichen Familien gezwungen, in die schlechtesten Wohnungen zu ziehen, die sonst gemieden werden. Sie ziehen häufig die Wohnungen im Innern der Stadt vor, auch wenn sie modernen Ansprüchen nicht mehr entsprechen und oft feucht und sehr stark abgewohnt sind. Dabei werden die Frauen noch von dem Bestreben geleitet, daß sie im Innern der Stadt am ehesten Gelegenheit haben, etwas hinzu zu verdienen.

Die kindergelegneten Familien zeigen sich meist sehr fehsaft. Etwas, was dem großstädtischen proletarischen Wandertrieb durchaus fremd ist. Das sind sie freilich auch nur der Not gehorchend. Sie scheuen das Wohnungselend, weil sie wissen, das bringt recht starke Folterqualen mit sich. Ich kenne das aus Erfahrung. Denn ich habe seit Jahr und Tag recht vielen kinderreichen Familien beim Ansuchen nach Wohnungen ein wenig zu helfen versucht.

In Berlin die Wohnungsverhältnisse der kinderreichen Familien zu studieren, wäre eine sehr dankbare Aufgabe für die zahlreichen studierenden Frauen der Volkswirtschaft. Nur die Berliner Ortskrankenkasse hat unter ihrem verdienten Direktor Albert Schön bisher einiges Material über die überfüllten Wohnungen gesammelt. Das Material bezieht sich aber nur auf die Wohnungen der Kranken. Danach befinden sich beispielsweise im Jahre 1914 33 Proz. der Kranken Männer und 31,65 Proz. der Kranken Frauen in überfüllten Schlafräumen. Das heißt in solchen, die weniger als zwanzig Kubikmeter Luft je Kopf haben. In den meisten Fällen dürften sich die betreffenden Kranken in kinderreichen Familien befinden, wiewohl diese sich am wenigsten dazu eignen. Aber sie sind gezwungen, von ihren knappen Mägen noch das Erdendickste zu verkümmern, um die Miete herabzumindern. Die Ortskrankenkasse hat Mägen gezählt, worin 8, 9, 10 und 11 Personen hausen.

Was ist nun zu tun? In verschiedenen rheinischen sowie in badischen und hessischen Städten hat man neuerdings Wohnungsfürsorgevereine für kinderreiche Familien begründet. Dr. Marie Baum hat in ihrer obengenannten Arbeit folgendes Programm für diese Vereine aufgestellt: Wachen auf Verteilung der Räume, Begleitung der Schlafzimmer und Betten, Lüften, Anlage der Aborte, baulichen Zustand des Hauses und Anordnung der Mittel zur Verrichtung häuslicher Verrichtungen. Die Aufsicht hat sich sowohl gegen die Mieter wie gegen die Hauswirte zu richten. Das letztere ist auch deshalb wichtig, weil die kinderreichen Familien sich meist scheuen, gegen die Hauswirte scharf aufzutreten aus Angst vor der Kündigung.

Solche Vereine haben entschieden schon bedeutende Erfolge aufzuweisen. In einem Drittel aller Fälle haben sie durchgreifend geholfen. Sie haben z. B. auch die Kindersterblichkeit sichtlich herabgemindert.

Einen Punkt muß man aber sicher noch hinzufügen, nämlich städtische Mietsbeschränkung, wie das aus einige großstädtischen Gemeinden schon angefangen haben. Das weitgehendste Beispiel liefert in der Beziehung Amsterdam, wo die kinderreichen Familien je nach ihrem Lohn Mietbeschränkungen bekommen, und zwar so viel, daß sie auf keinen Fall teurer wohnen als die kinderarmen, und doch viel mehr Zimmer haben. Daneben muß Wohnungsreform im großen gehen. Man muß die kinderreichen Familien in billige Familienhäuser mit Gärten bringen, wie das z. B. auf den 678 Hektar fiskalischen Waldgrundes um Berlin herum geplant ist. Die kinderreichen Familien sind der Stolz und die Zukunft des Volkes. In kinderarmen Familien kann und nicht liegen. Einer der wichtigsten Punkte aber, den Familien Freude an zahlreichen Kindern zu ermöglichen, ist es, ihnen ein Heim zu schaffen, wo sie sich wohl fühlen können.

Die Freunde unserer Zeitung

werden gebeten, bei ihren Ausflügen und Reisen an allen Verkaufsstellen, besonders auf den Bahnhöfen, den „Vorwärts“ zu kaufen und ihn in den Gasthöfen, Restaurants und Cafés stets zu verlangen. Wenn der „Vorwärts“ irgendwo nicht zu haben ist, richte man gütigst eine kurze Mitteilung an „Vorwärts“-Verlag G. m. b. H., Hauptexpedition, Berlin SW 68, Lindenstr. 3.

Groß-Berlin Schieber-Moral.

Wenn du noch was ergattern kannst, wenn's auch verboten ist zumeist — erwirb's und fülle deinen Wanst! Hauptfache ist, daß du gedeihst.

Es ist dir sicher unbeliebt, daß du in Holzspantinen lauffst — drum: wenn dir einer Stiefel schiebt, beeile dich, daß du sie kaufst.

Denn heute kommst du nicht mehr weit, wenn du nach den Gesetzen fragst — verkneis dir die Bescheidenheit, eh du am letzten Gipfel magst.

Greif, was du kannst! Und häng sodann den Wahlspruch über's volle Nest: Zum Lumpen wird der Ehrenmann erst, wenn er sich erwischen läßt!

Paulsen.

Zur Verteilung der Kinderwäsche.

Man schreibt uns: Ob die Groß-Berliner Bindelwoche die in sie gelegten Erwartungen erfüllt hat, ist in der Öffentlichkeit nicht bekannt geworden. Wie auch das Ergebnis sein mag, wäre zu wünschen, daß die erlangten Bestände möglichst rationell ausgenützt

Holt Eure Kohlen jetzt

damit Ihr nicht im Winter frieren müßt.

Kohlenverband Groß-Berlin

und einer möglichst großen Zahl von Kindern bedürftiger Familien zugute kommen mögen. Zu diesem Zwecke sei eine Anregung gegeben, die dem Verfahren der Volksfürsorgezentrale der Stadt P. a. m. entspricht. Dieselbe gibt die Säuglingswäsche nicht geschenkt, sondern leihweise, und zwar auf folgender Grundlage. Die Wäsche wird in der Regel auf 6 Monate gegen eine Grundgebühr und ein monatliches Leihgeld verabsolgt. Ausstattung I und II enthalten je 12 Bindeln, 2 Lächer, 4 Päckchen, 6 Hemden, 4 Unterlagen, 2 Widelbänder, 4 Nabelbänder, Ausstattung III nur 6 Bindeln, sonst dasselbe. An Frauen, die einen Teil der Kinderwäsche schon besitzen, werden halbe Päckchen ausbezogen oder 6-8 Einzelstücke nach eigener Wahl. Die Grundgebühr beträgt 30, 20, 10 resp. 5 M., die monatliche Leihgebühr 6, 4, 2,50 M. resp. 1 M. Wird die Wäsche in gebrauchsfähigem Zustande zurückgeliefert, so wird bis zur Hälfte der Grundgebühr zurückerstattet. — Wir halten den Gedanken dieser Einrichtung für äußerst glücklich. Schon die Möglichkeit, bei frühem Tode des Kindes andere Säuglinge mit der Wäsche versorgen zu können, trägt dazu bei, unsere knappen Wäschebestände zu strecken. Sehr gut ist auch, daß es den Frauen freigestellt wird, statt des ganzen oder halben Päckchens sich durch Auswahl einzelner Stücke die vorhandenen Wäsche zu ergänzen. Der erhebliche Einfluß auf die Frauen, die Wäsche gut zu behandeln, ist ebenfalls nicht zu unterschätzen. Eine Uebertragung dieses Systems auf die in der Groß-Berliner Bindelwoche gesammelten Bestände wäre dringend zu empfehlen. Ob die Höhe der Beträge des hiesigen Verhältnisses entspricht, wäre zu erwägen. Zur Ergänzung möchten wir vorschlagen, die Päckchen nur gegen Bezugscheine und unter der Bedingung auszugeben, daß sie nicht verkauft oder veräußert werden dürfen. Die Wäsche müßte zu diesem Zwecke gestempelt werden. Bei Rückgabe der den Kindern zu klein gewordenen Wäsche müßte dieselbe in größerer umgetauscht werden können oder die Frauen hätten dann bei der Rückgabe eine Bescheinigung zu erhalten, damit sie sich die erforderlichen Bezugscheine für größere Wäsche beschaffen können.

Die Bewirtschaftung der neuen Kartoffelernte in den Groß-Berliner Landkreisen.

Im Kreise Teltow erfolgt die Bewirtschaftung der Kartoffelernte 1918 nach einer gestern in Kraft getretenen Bekanntmachung des Kreisamtes in derselben Weise wie im Vorjahre. Nach dem 1. Juli werden alle in Feld- oder gartenmäßigen Anbau gewonnenen Kartoffeln, und zwar sowohl die für die menschliche Ernährung geeigneten Feld- und Spätkartoffeln wie die für Futter- und technische Zwecke verwendbaren Kartoffeln bei den Kartoffelerzeugern des Kreises zur Verforgung des Kreises Teltow in Anspruch genommen. Die ausschließliche Verforgung des Kreises Teltow mit Kartoffeln wird wiederum der Teltower Kreiswirtschaftsgesellschaft m. b. H. in Berlin übertragen. Von der Verantwortung freigelassen werden die Kartoffeln derjenigen Erzeuger, deren Gesamtanbaufläche kleiner als 200 Quadratmeter ist.

Im Kreise Niederbarnim beginnt mit dem 1. Juli die öffentliche Bewirtschaftung der Frühkartoffeln. Durch die Frühkartoffeln soll der Bedarf der Kreisbevölkerung für den Rest des Wirtschaftsjahres bis zum 15. September 1918 gedeckt werden. Die gesamte Frühkartoffelernte des Kreises mit Ausnahme der dem Kartoffelerzeuger zu belassenden Mengen werden für die öffentliche Bewirtschaftung durch den Kreis in Anspruch genommen. Die Ausfuhr von Kartoffeln aus dem Kreise ist ausdrücklich verboten. Die auswärtig wohnenden Kartoffelerzeuger können ihre Ernte nach dem Wohnort befördern, und zwar bis zu einer Anbaufläche von 200 Quadratmeter die volle Ernte, bei einer größeren Anbaufläche ihren Eigenbedarf. Der Erzeugerhöchstpreis beträgt vorläufig 10 M. für den Zentner.

Bessere Obstverteilung.

Man schreibt uns: Die Berliner bekommen kein Obst. Daran ändern die vollen Waggons, die man den Presseberatern gezeigt hat, nichts. Aus ihrem Artikel „Obstverteilung“ geht aber hervor, daß immerhin ein wesentlicher Teil der begehrten Ware in die Hände der Berliner Verwaltung gelangt. Dann geht sie an die Händler. Von da ab ist dann plötzlich alles verschwunden. Das ist nicht wunderbar, denn der Händler verbraucht den einzelnen Korb Kirchen oder Beeren zuerst mal für seine eigene Familie, darüber hinaus aber warten Freunde, Verwandte, gute Kunden, der ebenfalls mal gefällige Gevatter Schlichter, Bäcker, Kurzwarenhändler und Schuhmachermeister auch auf ein paar Pfund Obst. Da bleibt für die große Masse des Publikums natürlich nichts übrig. Wie wäre diesem

Nebelstunde abzuwehren? Obst ist eine leicht verderbliche Ware, und lange Bekanntschaften? Es ist eine leicht verderbliche Ware, und lange Bekanntschaften, Enttragungen in die Kundenliste, Aufspeichern der Ware, bis für jeden ein Pfund da ist usw., sind hier nicht angebracht. Aber auf folgende Weise ließe die Verteilung sich regeln. Eine Bekanntmachung sagt: Die Nummer . . . der Lebensmittelkarte gilt für ein Pfund Kirchen, Stachel- oder Johannisbeeren. Jeder kauft dort, wo er für Kartoffeln eingetragen ist, gegen Abgabe dieser Marke. Die einzelnen Händler werden beliefert, soweit die Ware jedesmal reicht. Da die Belieferung auf Grund der Kartoffelkundenliste erfolgt, läuft niemand Gefahr, kein Obst zu erhalten. Eine weitere Bekanntmachung erfolgt nicht. Jeder Konsument muß selber aufpassen, wann sein Kartoffelhändler das Obst bekommt. Die betr. Nummer bleibt solange gültig, bis sämtliche Bezirke einmal mit Obst beliefert sind. Ist erst einmal diese Bekanntmachung erfolgt und wird danach verfahren, dann regelt sich der ganze Betrieb von selbst und auch die Händler sparen das Ansehen.

Die Vollmilchkarten

kommen in den nächsten Tagen in den zur Poststelle Groß-Berlin (Milch) gehörenden Gemeinden zur Ausgabe. Die Inhaber von Vollmilchkarten haben die Kaufkarten bis 17. Juli einschließlich dem Kleinhändler vorzulegen. Den Kindern, die nach dem 1. Juli 1917 geboren sind, ist ein Vorzugsrecht derart eingeräumt, daß bis zum 14. Juli einschließlich nur Anmeldungen auf diese Karten zulässig sind. Nach Ablauf dieser Anmeldefrist haben sich die übrigen Milchberechtigten in der Zeit vom 15. bis zum 17. Juli anzumelden. Die Milchkarten dürfen von den Händlern nicht in Gewahrsam genommen werden, sondern verbleiben in Händen der Bezugberechtigten.

In Berlin sind die Vollmilchkarten für August von den Protokommissionen abzuholen, und zwar für Kinder im 1. und 2. Lebensjahre vom 8. bis 9. Juli, für Kinder im 3. und 4. Lebensjahre vom 10. bis 11. Juli und für Kinder im 5. und 6. Lebensjahre vom 12. bis 13. Juli. Jedoch werden denjenigen Haushaltungsvorständen, denen Karten für Kinder verschiedener Altersstufen zugehört, die sämtlichen Milchkarten an einem Tage ausgehändigt. Karten für Kranke werden wie bisher von der Zentralstelle für Krankenernährung zugeandt. Soweit sie sich bis zu den vorstehend festgesetzten Anmeldefristen bereits in den Händen der Empfänger befinden, ist die Anmeldung ebenfalls innerhalb der Frist zu bewirken. Die nach Ablauf der Frist übersandten Karten tragen den Stempel „Nachanmeldung“ und können jederzeit angemeldet werden.

Den am 1. Juli 1918 und später geborenen Kindern werden im Monat August Nährmittel, und zwar insgesamt bis 1 Pfund gewährt. Die Austeilung der Bezugscheine erfolgt zusammen mit der Ausgabe der August-Milchkarten.

Eisenbahnunfall auf dem Bahnhof Straußberg. Am Sonntag nachmittag ein Zug der Straußberger Kleinbahn in den Bahnhof Vorstadt einfuhr, entgleiste die Maschine und darauf auch die beiden folgenden Wagen. Dabei wurden zwei Fahrgäste aus den bereits geöffneten Türen geschleudert und gerieten unter die Räder: der 17jährige Handwerker Willi Lauschke aus Pichtenberg, der sofort tot war, und der 18jährige Arbeiter Gustav Uster aus Berlin, dem beide Beine abgefahren wurden.

Ueber die Kontrolle der vom Heeresdienst Angehörigen gibt eine Bekanntmachung der Berliner Bezirkskommandos im Anzeigenteil dieser Nummer nähere Anweisung.

Kleine Notizen. Im Rahmen der Akademischen Unterrichtsstufe für Arbeiter spricht am Mittwoch, den 3. abends 8 1/2 Uhr, im Museum für Volkskunde, Georgstr. 34/36, der Naturwissenschaftler Engelbert Graf über das Thema: „Kammern — Kindheitsstadien des Menschengehirns“ mit Lichtbildern. — Eintritt 20 Pf. Gabe willkommen.

Steuern. Aus der Gemeindevertretung. Eine neue Luftarbeitssteuerordnung wurde beschlossen. Die allein aus der Besteuerung der Kinos statt der bisherigen 20 000 M. pro Jahr 66 000 M. Einnahme bringen soll. Zur Veranschaulichung einer Ausstellung von Mädeln für die minderbemittelte Bevölkerung (hergestellt von der Gesellschaft „Hausrat“) wurden 5000 M. bewilligt unter der Bedingung, daß der hiesigen Tischlerinnung gestattet wird, eine von ihren Mitgliedern hergestellte Wohnungseinrichtung gleichfalls auszustellen. Zur Neupflasterung der Kieker Straße wurden 20 000 M. bewilligt. Damit wird endlich das „geräuschlose“ Straßenpflaster, das vor Jahren aus Rücksicht auf den Gottesdienst in der dort neu erbauten katholischen Kirche hergestellt wurde und das sich stets in einem skandalösen Zustande befand, verschwinden, da nunmehr Steinpflaster gelegt wird. Für Ferienausflüge der Gemeindeführer wurden 900 M. bewilligt. Nach Schluß der Tagesordnung gab es noch eine lebhafte Aussprache über die Lebensmittelpolitik, Gasstrahlengeräte und die Feuerungsanlagen der Volkshochschule. Der letzte Punkt zeigt wieder einmal die „Schulterhaltung“ in Preußen im glänzendsten Lichte. Die Gemeindevertretung hätte beschließen, den Volkshochschulern die Unterschiedsbeträge zwischen der den Lehrern gezahlten staatlichen und der den Gemeindebeamten gezahlten gemeindlichen Teuerungszulage aus Gemeindegeldern zu gewähren. Und was tut die Regierung? Sie verbietet das der Gemeinde, indem sie dem Beschluß die Genehmigung versagt. Die Versammlung protestierte einmütig gegen diese Lehrereinfriedlichkeit der Regierung und beauftragte den Gemeindevorstand, beim Kultusminister in der Sache vorzulegen zu werden.

Neufällen. Ertrag für die ausfallenden Kartoffeln. In dieser Woche dürfen auf die 6 Abdividuen 27a-c der Neufällener Kartoffelernte nur 3 Pfund Kartoffeln entnommen werden. Auf die 8 Abdividuen 27d-g werden von einem noch zu bestimmenden Tage ab als Ertrag für Kartoffeln auf jeden Abschnitt 50 Gr., zusammen also 400 Gr. Hülfsfrüchte in denjenigen Geschäften abgegeben, bei welchen die Anmeldung zum Bezug von Kolonialwaren erfolgt ist. Als Ertrag für die etwa nicht zu erlangenden 3 Pfund Kartoffeln können ebenfalls auf die Abdividuen 27a-c je 50 Gr., zusammen also weitere 800 Gr. Hülfsfrüchte bei den bezeichneten Kolonialwarenhändlern entnommen werden. Der Zeitpunkt der Abgabe von Hülfsfrüchten wird noch durch besondere Bekanntmachung veröffentlicht werden.

Weisensee. Lebensmittel. Vom 1. bis 6. Juli wird in der Verkaufsstelle Caselerstr. 2 der Verkauf von Eiern fortgesetzt. Auf Abschnitt 26 der aufgeführten Eierarten werden 3 Eier verabfolgt zum Preise von je 38 Pf. — In der Verkaufsstelle Viktorienstraße 24 gelangen Salzheringe zum Verkauf. Als Ausweis sind die allgemeinen Lebensmittelkarten vorzulegen. Auf jede der vorstehend aufgeführten Karten wird 1/2 Pfund Salzheringe verabfolgt. 1 Pfund kostet 1,20 M. Tüten, Einwickelpapier oder bezugscheine sind unzulässig.

Die Mietsteigerungen für den Oktober haben erwiesen, daß die organisierten Hauswirte unter Führung des Schöffen Remis die Vorlage der Mieter ausgenutzt und die Steigerungen nach einem von ihm herausgegebenen „Merksblatt für unsere Mitglieder“ vorgenommen haben. Früher war der ordentliche Preis für eine Zweizimmerwohnung mit 36 bis 38 M. monatlich, die jetzige Steigerung bringt dagegen diese auf 46 bis 50 M. Die Gemeindeverwaltung schiebt über dieses Ziel noch bedeutend hinaus in den von ihr verwalteten Mietsbrauchshäusern; das sind Häuser, die auf früheren Grund und Boden der Gemeinde erbaut sind, in Zwangsversteigerung kommen sollten und, um größere Verluste zu vermeiden, nunmehr von ihr verwaltet werden, zirka 40 an der Zahl.

Die Verwalter, meistens Gemeindebeamte, mußten die Steigerungen nach einer bestimmten Verfügung vornehmen. Danach muß eine Wohnung von 1 Zimmer mit Bad mindestens 440 M., bezgl. 2 Zimmer 600 M., bezgl. 3 Zimmer 880 M. usw. bringen. Die gleichen Zimmer außerdem mit Warmwasserbereitung mindestens 495 M., 715 M., 1085 M., mit Bad, Warmwasserbereitung und Zentralheizung dagegen mindestens 650 M., 825 M. und 1240 M. pro Jahr. Für Wohnungen ohne Badeeinrichtung können die Mietpreise um 96 M. jährlich ermäßigt werden. Nach dieser Verfügung sind Steigerungen von über 50 Proz. zu verzeichnen. Daß der Gemeindevorstand hierbei Vorstandsberichte für die Hauswirte leistet, ist ihm wohl noch nicht zum Bewußtsein gekommen; der nächste Mündigkeitstermin wird aber beweisen, daß die Hauswirte den „Tarif“ der Gemeinde auch zu dem ihrigen machen. Das Mietvereinigungsamt anzufassen halten die meisten Mieter für zwecklos aus berechtigten Gründen. Der Unterzeichner der erwähnten Verfügung ist zu gleicher Zeit Vorsteher des Mietvereinigungsamtes, sein eigenes „unterjähriges“ Dokument wird er als Mietwucher nicht anerkennen wollen, trotzdem er unseren Genossen in einer Gemeindevorstellung erklärte, nicht bezogen zu sein. Ein weiterer Besizer ist der Schöffe Remes, der Hauptanteil nimmt an diesem Tarif. Trotzdem wäre ein Entschluß des Mietvereinigungsamtes erwünscht, damit unsere Genossen Gelegenheit finden, die Angelegenheit weiter zu verfolgen.

Copenick. Neue Kundenkarten sollen ausgeben werden für stadtseitig beschaffte Waren, wie: I. Eier für alle hiesigen Einwohner, II. Kolonialwaren für alle hiesigen Einwohner, III. Teigwaren für alle hiesigen Einwohner als Zusatz, II. Kolonialwaren für alle hiesigen Jugendlichen vom begonnenen 8. bis vollendeten 17. Lebensjahre, III. Teigwaren für alle hiesigen Jugendlichen vom begonnenen 8. bis vollendeten 17. Lebensjahre, zur geregelten Verteilung dieser Lebensmittel an die hiesigen Verkaufsgeschäfte. Die Kundenkarten I, II und III für alle hiesigen Einwohner werden verteilt mit dem neuen Copenicker Lebensmittelkarten durch die Brotkommisarie bzw. Hauswirte oder deren Stellvertreter. Es erhält jeder Hausstand für jedes empfangsberechtigte Hausmitglied eine Kundenkarte für die Warensorten I, II und III. Als Kundenkarte gilt die braune Kundenkarte mit dem Aufsatz „Hauptkundscheine“, Jugendliche, welche in der Zeit vom 1. Juli 1911 bis 30. Juni 1911 geboren sind, erhalten als Zusatz je eine Kundenkarte für Jugendliche (mit rot aufgedrucktem 3) für die Warensorten II und III. Jeder Hausstand, welcher im Besitz von Lebensmittelkarten des Kreises Keltow für Jugendliche ist, hat diese Karten in der Zeit vom 8. bis 8. Juli während der Dienststunden von 8 bis 8 Uhr im Bureau, Schloßstr. 22 Hof-Seitengebäude, links, vorzuliegen und erhält auf jede dieser Lebensmittelkarten für Jugendliche je 1 Kundenkarte für die Warensorten II und III. Vor der Anmeldung zur Eintragung in die Kundenliste wird ersucht, auf jede Kundenkarte sowie Händlerabschnitt des Haushaltungsvorstandes Vor- sowie Nachnamen und Wohnung in Zitate leserlich einzutragen. Jeder Haushalt meldet sich mit sämtlichen vordrucksfertig ausgefüllten Kundenkarten (einschl. Händlerabschnitten) zur Eintragung in die Kundenliste bis 11. Juli in den Geschäften an, in welchen er die Warensorten I, II und III zusammen oder getrennt beziehen will. Ein Hausstand kann in drei Geschäften je drei Kundenkartenforten anmelden, wenn er die genannten hiesigen Waren in drei Geschäften beziehen will.

Reinickendorf. Lebensmittel für Kinder. Auf den Juliabschnitt der Kinderkarte A gelangen vom 5. ab 500 Gr. Nahrungsmittel (Kaffeebohnen in Paketen) in den amtlichen Verkaufsstellen zur Ausgabe. Auf Abschnitt A 8 wird 1 Paket und auf Abschnitt Juli der Kinderkarten B C und D werden je zwei Pakete Zwieback ausgegeben. Außerdem werden Pflanzensaparat und Rindermelke, auch Apfelsinen und kondensierte Milch für schwache und kranke Kinder abgegeben gegen vorherige Abgabe eines Bezugscheines (Zimmer 23 des Ernährungsamtes).

Kowawes. Lebensmittel. In dieser Woche werden ausgegeben: Rindfleisch, 150 Gr. zum Preise von 28 Pf. auf den Kartenabschnitt 41 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte; Graupen, 250 Gr. zum Preise von 18 Pf. auf den Kartenabschnitt 42 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte; Marmelade, 500 Gr. zum Preise von 12 Pf. auf den Kartenabschnitt 8 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte; Kaffeebohnen, 100 Gr. zum Preise von 10 Pf. auf den Kartenabschnitt 18 der Lebensmittelkarte für Jugendliche. Die Karteninhaber haben bis 2. Juli die Lebensmittelkartenabschnitte 41, 42, 8 und 18 bei dem Kleinhändler abzugeben, bei dem sie die Ware zu beziehen wünschen. Die Waren sind gegen Abgabe der vom Kleinhändler ausgestellten Bescheinigung vom 5. bis 7. Juli in Empfang zu nehmen. — Auf den Kartenabschnitt 42 der Zuckerkarte und auf den Kartenabschnitt 20 der Zuckerzuckerkarte findet die Ausgabe von Zucker statt. Die Karteninhaber haben vom 1. bis 8. Juli die Kartenabschnitte bei dem Kleinhändler abzugeben, in dessen Kundenverzeichnis sie eingetragen sind. Die Karteninhaber haben gegen Rückgabe der vom Kleinhändler ausgestellten Bescheinigung den Zucker vom 8. bis 12. Juli in Empfang zu nehmen.

Jugendveranstaltungen.

Arbeiter-Jugend Gesundheitsklub. Heute Dienstag, abends 8 Uhr, Zusammenkunft im neuen Verkehrsklub Bäkerei, Poststr. 33.
Neutik. Morgen Mittwoch, abends 8 Uhr, im Jugendheim, Berliner Str. 66, Vortrag des Genossen Dönnick: Arbeiterleben in der Dichtung.

Eingegangene Druckschriften.

Herausgeber für Bücherhändler. Lager-Katalog kleiner Volksbuchhandlung Ignaz Brand u. Co., Wien VI, Compendorferstr. 18. Preis: 20 Heller.

Briefkasten der Redaktion.

B. 100. 1. Wenn die Mutter ein Einkommen über 900 M. hat, ist sie steuerpflichtig. 2. Nein. — **Lehrvertrag.** Leider ist der Lehrherr nur verpflichtet, nach den im Lehrvertrage festgesetzten Bedingungen zu zahlen. Die Annahme des Kriegsausfalls wird nicht angängig sein, da er sich für nicht zuständig erklären wird. — **Stube 58.** Sie müßten sich mit einem Gesuch um eine besondere Unterstufung an den Nationalen Frauenklub wenden. — **H. G. 2.** 1. Nein, nur der Sohn war erberechtigt, das Erbe geht nicht auf die Frau über. 2. Nein. — **00. 8.** Darüber ist noch nichts bestimmt. — **Nr. 7. Feld.** Der Vertrag ist rechtsgültig. Er muß geltend gemacht werden. Die Schiffe ist unleserlich, hoffentlich haben wir sie richtig erteilt. — **M. 3.** 1. Nein, einem solchen Gesuche wird gewöhnlich nicht stattgegeben. 2. Nein. — **B. 21.** Berlin-Mitte, Neue

Friedrichstraße. — W. G. 99. Ja. — Landkassmann im Oben. Wenn Sie Beiträge nicht weiterzahlen haben und die Krankheit nicht innerhalb dreier Wochen nach Ihrem Austritt aus der Versicherungspflichtigen Beschäftigung erfolgt ist, haben Sie keinen Anspruch auf Krankengeldbezüge. — **G. 8. B.** Das ist dem Einkommen nicht abgängig. — **Uffern. Treptow.** Die Mutter hat keinen Anspruch auf Altersrente, da sie viel zu wenig Renten geleistet hat. Sie muß 1200 Renten nachweisen können. — **Waffenmeister Karus.** Das Honorar für den Krieg erhalten Sie in diesem Falle nicht zurück. — **Feldgrauer C. 2.** Der grundlos vom Verlobten zurücktritt, muß die Verlobungsgeldanteile zurückgeben. — **W. 8. 1.** Die Wittfrau erbt die Frau in kinderloser Ehe im voraus, der übrige Nachlass geht zur Hälfte an sie, zur Hälfte an die Eltern. 2. Das Testament wird genügen, es muß beim Amtsgericht eingereicht werden. Die Eltern haben Anspruch auf den Pflichtteil. — **Fegel. 100.** Nein. — **W. 100.** 1. Ja, zur Hälfte. 2. Ja. 3. Es muß zunächst versucht werden, den Erbanspruch auf gültigem Wege bei dem Ehegatten geltend zu machen. — **H. 3. 100.** Die Wittfrau erbt die Frau als überlebender Ehegatte im voraus, nur am übrigen Nachlass der Frau haben die Eltern bzw. die Geschwister zur Hälfte Anspruch. — **B. 2. 201.** Unlaubbewerzung wegen Verletzung soll nicht stattfinden, führen Sie dagegen Beschwerde. — **100. Schöneberg.** Das sind rein militärische Zeichen der Vorkriegszeit usw., die wir nicht kennen. — **H. 100.** Der Kommandeur hat das Recht dazu. — **H. 2. 2. a)** Anspruch auf Unterstufung besteht nur, wenn Bedürftigkeit vorliegt, die in solchen Fällen gewöhnlich vorliegt. b) Beschwerde wird zweifelsfrei sein, Sie müßten an den Regierungspräsidenten zu richten. — **H. 2. X.** Wenn die Partei den Ausschreiben folgt, so wird ihr bei einer Kündigung die Kündigung des Mietvereinigungsamtes nicht möglich, Sie muß ziehen. — **H. C. Marine.** Darüber können wir Ihnen Näheres noch nicht sagen, da der Besetzungsausschuss ja noch nicht gewählt ist. — **T. 29.** 1. Nein. 2. Ja, die Frau kann sich aber an das Mietvereinigungsamt wenden. 3. Ja. — **M. 2. 22.** Nein, nur bei zwei Kindern. — **R. 1897.** 1. Wenn die teuren Lebensmittelpreise anhalten, so wird auch dieser Satz für Wismar bestehen bleiben, der übrigens bis auf 50 M. erhöht werden kann. 2. Ja. 3. Ja, event. entscheidet das Vormundschaftsgericht auf Ihren Wunsch darüber. 4. Ja, die Differenz zwischen Wismar und Unterstufung. — **W. 8. 878.** Eine nähere Adresse ist uns zurzeit nicht bekannt. Wenn Sie sich an den Magistrat der Stadt Berlin. — **G. 2. 1.** Da der Vermieter nur kündigen kann, so können Sie auch nur durch den Hauswirt gezeugt werden.

Wasserstandsberichte der Landesanstalt für Gewässerlaute, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

| Wasserstand am 29. | | 30. | | Wasserstand am 29. | | 30. | |
|--------------------|-----|-----|-----|--------------------|-----|-----|-----|
| cm | mm | cm | mm | cm | mm | cm | mm |
| Remel | 124 | 127 | 127 | Saale | 64 | 64 | 62 |
| Wegiel | 124 | 127 | 127 | Havel | 27 | 27 | 27 |
| Wegiel | 124 | 127 | 127 | Spre | 20 | 20 | 20 |
| Oder | 122 | 122 | 122 | Spre | 66 | 66 | 70 |
| Elbe | 66 | 66 | 66 | Perlbach | 184 | 184 | 184 |
| Elbe | 66 | 66 | 66 | Weser | 124 | 124 | 124 |
| Elbe | 66 | 66 | 66 | Weser | 188 | 188 | 184 |
| Elbe | 66 | 66 | 66 | Rhein | 284 | 284 | 284 |
| Elbe | 66 | 66 | 66 | Rhein | 284 | 284 | 284 |
| Elbe | 66 | 66 | 66 | Rhein | 284 | 284 | 284 |
| Elbe | 66 | 66 | 66 | Rhein | 284 | 284 | 284 |
| Elbe | 66 | 66 | 66 | Rhein | 284 | 284 | 284 |
| Elbe | 66 | 66 | 66 | Rhein | 284 | 284 | 284 |

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch mittag. Weitere Erwärmung, im Norden, besonders an der Küste größtenteils heiter, im Süden vielfach wolfig und frischwehe Gemitter.

Julius Wasielewski
am 28. Juni, vormittags 8 Uhr, nach langer Krankheit im 65. Lebensjahre entschlafen ist.
In größtem Schmerze:
Fr. Marie Wasielewski geb. Wabe.
Erw. Erwin, Walter und Ernst als Kinder.
Familie Josef Wasielewski Edith Steleginski u. Frau Margarete geb. Wasielewski u. Tochter Margot.
Familie Leo Kypinski.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6. Juli, nachmittags 4 Uhr, vom Gemeindefriedhof, Berlin-Wilhelmsfelde, Hohe Straße, aus statt.

Sozialdemokratischer Verein für den Wahlkreis Niederbarren. Bezirk Weißensee.
Ganz plötzlich verstarb unser langjähriger Mitglied, der Zeitungsprediger **Julius Wasielewski** an einem Schlaganfall im Alter von 64 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6. Juli, nachmittags 4 Uhr, vom Gemeindefriedhof in der Hildebrandstraße, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet.
Die Bezirksleitung.

Deutscher Transportarbeiterverband, Bezirksverwaltung, Groß-Berlin.
Den Mitgliefern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Drochsenfahrer **Edmund Gotsch** am 24. Juni im Alter von 53 Jahren verstorben ist.
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 3. Juli, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Casaruss-Friedhofes in Mythenfelde aus statt.
Nachruf.
Berner stand unser Kollege, der Arbeiterführer **Christian Wiegeler** am 19. Juni im Alter von 72 Jahren.
Ehre ihrem Andenken!
Die Bezirksverwaltung.

Nachruf.
Wichtig und unerwartet verstarb unser, erst kurze Zeit als Expeditior für Weizen bei uns beschäftigter Genosse **Julius Wasielewski.**
Wir werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren.
Die Hauptexpedition des „Vorwärts“.

Verband der Brauer- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen. Zahlstelle Berlin.
Wir bringen den Kollegen zur Kenntnis, daß unser Mitglied, der Flaschenstempelarbeiter **Heinrich Möllenberg** gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 2. Juli, nachmittags 4 Uhr, auf dem Aufseher-Friedhof in Weizenfelde, Mühlenerstraße 110, statt.
Um zahlreiche Beteiligung wird ersucht.
Die Ortsverwaltung.

Verband der Gast- und Schankwirte Deutschlands. Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliefern zur Nachricht, daß der Kollege **Ferdinand Habermann**, Neuz. Hochstr. 49, Bez. 2, im Garnison-Sazarett Bäckerei am 25. Juni verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 3. Juli, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhaus, nach dem Dortheimstädtischen Kirchhof, aus statt.
Die Ortsverwaltung.

Zahngebisse.
Watin, Str. 7, 50, Reiten, Klinge, Weide, Kanis, Frau Wagner, Raststr. 18 I (Alexanderplatz)

Preuß.-Südd. Klaffenlöse Ludwig Müller
Preis d. Loos pro Klasse: Ziehung 1. Klasse 2.-10. Juli. Klasse 2. . . 5 Mk. Klasse 3. . . 20 Mk. Klasse 4. . . 10 Mk. Klasse 5. . . 10 Mk. Klasse 6. . . 40 Mk. Klasse 7. . . 10 Mk. Klasse 8. . . 10 Mk. Klasse 9. . . 10 Mk. Klasse 10. . . 10 Mk. Klasse 11. . . 10 Mk. Klasse 12. . . 10 Mk. Klasse 13. . . 10 Mk. Klasse 14. . . 10 Mk. Klasse 15. . . 10 Mk. Klasse 16. . . 10 Mk. Klasse 17. . . 10 Mk. Klasse 18. . . 10 Mk. Klasse 19. . . 10 Mk. Klasse 20. . . 10 Mk. Klasse 21. . . 10 Mk. Klasse 22. . . 10 Mk. Klasse 23. . . 10 Mk. Klasse 24. . . 10 Mk. Klasse 25. . . 10 Mk. Klasse 26. . . 10 Mk. Klasse 27. . . 10 Mk. Klasse 28. . . 10 Mk. Klasse 29. . . 10 Mk. Klasse 30. . . 10 Mk. Klasse 31. . . 10 Mk. Klasse 32. . . 10 Mk. Klasse 33. . . 10 Mk. Klasse 34. . . 10 Mk. Klasse 35. . . 10 Mk. Klasse 36. . . 10 Mk. Klasse 37. . . 10 Mk. Klasse 38. . . 10 Mk. Klasse 39. . . 10 Mk. Klasse 40. . . 10 Mk. Klasse 41. . . 10 Mk. Klasse 42. . . 10 Mk. Klasse 43. . . 10 Mk. Klasse 44. . . 10 Mk. Klasse 45. . . 10 Mk. Klasse 46. . . 10 Mk. Klasse 47. . . 10 Mk. Klasse 48. . . 10 Mk. Klasse 49. . . 10 Mk. Klasse 50. . . 10 Mk. Klasse 51. . . 10 Mk. Klasse 52. . . 10 Mk. Klasse 53. . . 10 Mk. Klasse 54. . . 10 Mk. Klasse 55. . . 10 Mk. Klasse 56. . . 10 Mk. Klasse 57. . . 10 Mk. Klasse 58. . . 10 Mk. Klasse 59. . . 10 Mk. Klasse 60. . . 10 Mk. Klasse 61. . . 10 Mk. Klasse 62. . . 10 Mk. Klasse 63. . . 10 Mk. Klasse 64. . . 10 Mk. Klasse 65. . . 10 Mk. Klasse 66. . . 10 Mk. Klasse 67. . . 10 Mk. Klasse 68. . . 10 Mk. Klasse 69. . . 10 Mk. Klasse 70. . . 10 Mk. Klasse 71. . . 10 Mk. Klasse 72. . . 10 Mk. Klasse 73. . . 10 Mk. Klasse 74. . . 10 Mk. Klasse 75. . . 10 Mk. Klasse 76. . . 10 Mk. Klasse 77. . . 10 Mk. Klasse 78. . . 10 Mk. Klasse 79. . . 10 Mk. Klasse 80. . . 10 Mk. Klasse 81. . . 10 Mk. Klasse 82. . . 10 Mk. Klasse 83. . . 10 Mk. Klasse 84. . . 10 Mk. Klasse 85. . . 10 Mk. Klasse 86. . . 10 Mk. Klasse 87. . . 10 Mk. Klasse 88. . . 10 Mk. Klasse 89. . . 10 Mk. Klasse 90. . . 10 Mk. Klasse 91. . . 10 Mk. Klasse 92. . . 10 Mk. Klasse 93. . . 10 Mk. Klasse 94. . . 10 Mk. Klasse 95. . . 10 Mk. Klasse 96. . . 10 Mk. Klasse 97. . . 10 Mk. Klasse 98. . . 10 Mk. Klasse 99. . . 10 Mk. Klasse 100. . . 10 Mk. Klasse 101. . . 10 Mk. Klasse 102. . . 10 Mk. Klasse 103. . . 10 Mk. Klasse 104. . . 10 Mk. Klasse 105. . . 10 Mk. Klasse 106. . . 10 Mk. Klasse 107. . . 10 Mk. Klasse 108. . . 10 Mk. Klasse 109. . . 10 Mk. Klasse 110. . . 10 Mk. Klasse 111. . . 10 Mk. Klasse 112. . . 10 Mk. Klasse 113. . . 10 Mk. Klasse 114. . . 10 Mk. Klasse 115. . . 10 Mk. Klasse 116. . . 10 Mk. Klasse 117. . . 10 Mk. Klasse 118. . . 10 Mk. Klasse 119. . . 10 Mk. Klasse 120. . . 10 Mk. Klasse 121. . . 10 Mk. Klasse 122. . . 10 Mk. Klasse 123. . . 10 Mk. Klasse 124. . . 10 Mk. Klasse 125. . . 10 Mk. Klasse 126. . . 10 Mk. Klasse 127. . . 10 Mk. Klasse 128. . . 10 Mk. Klasse 129. . . 10 Mk. Klasse 130. . . 10 Mk. Klasse 131. . . 10 Mk. Klasse 132. . . 10 Mk. Klasse 133. . . 10 Mk. Klasse 134. . . 10 Mk. Klasse 135. . . 10 Mk. Klasse 136. . . 10 Mk. Klasse 137. . . 10 Mk. Klasse 138. . . 10 Mk. Klasse 139. . . 10 Mk. Klasse 140. . . 10 Mk. Klasse 141. . . 10 Mk. Klasse 142. . . 10 Mk. Klasse 143. . . 10 Mk. Klasse 144. . . 10 Mk. Klasse 145. . . 10 Mk. Klasse 146. . . 10 Mk. Klasse 147. . . 10 Mk. Klasse 148. . . 10 Mk. Klasse 149. . . 10 Mk. Klasse 150. . . 10 Mk. Klasse 151. . . 10 Mk. Klasse 152. . . 10 Mk. Klasse 153. . . 10 Mk. Klasse 154. . . 10 Mk. Klasse 155. . . 10 Mk. Klasse 156. . . 10 Mk. Klasse 157. . . 10 Mk. Klasse 158. . . 10 Mk. Klasse 159. . . 10 Mk. Klasse 160. . . 10 Mk. Klasse 161. . . 10 Mk. Klasse 162. . . 10 Mk. Klasse 163. . . 10 Mk. Klasse 164. . . 10 Mk. Klasse 165. . . 10 Mk. Klasse 166. . . 10 Mk. Klasse 167. . . 10 Mk. Klasse 168. . . 10 Mk. Klasse 169. . . 10 Mk. Klasse 170. . . 10 Mk. Klasse 171. . . 10 Mk. Klasse 172. . . 10 Mk. Klasse 173. . . 10 Mk. Klasse 174. . . 10 Mk. Klasse 175. . . 10 Mk. Klasse 176. . . 10 Mk. Klasse 177. . . 10 Mk. Klasse 178. . . 10 Mk. Klasse 179. . . 10 Mk. Klasse 180. . . 10 Mk. Klasse 181. . . 10 Mk. Klasse 182. . . 10 Mk. Klasse 183. . . 10 Mk. Klasse 184. . . 10 Mk. Klasse 185. . . 10 Mk. Klasse 186. . . 10 Mk. Klasse 187. . . 10 Mk. Klasse 188. . . 10 Mk. Klasse 189. . . 10 Mk. Klasse 190. . . 10 Mk. Klasse 191. . . 10 Mk. Klasse 192. . . 10 Mk. Klasse 193. . . 10 Mk. Klasse 194. . . 10 Mk. Klasse 195. . . 10 Mk. Klasse 196. . . 10 Mk. Klasse 197. . . 10 Mk. Klasse 198. . . 10 Mk. Klasse 199. . . 10 Mk. Klasse 200. . . 10 Mk. Klasse 201. . . 10 Mk. Klasse 202. . . 10 Mk. Klasse 203. . . 10 Mk. Klasse 204. . . 10 Mk. Klasse 205. . . 10 Mk. Klasse 206. . . 10 Mk. Klasse 207. . . 10 Mk. Klasse 208. . . 10 Mk. Klasse 209. . . 10 Mk. Klasse 210. . . 10 Mk. Klasse 211. . . 10 Mk. Klasse 212. . . 10 Mk. Klasse 213. . . 10 Mk. Klasse 214. . . 10 Mk. Klasse 215. . . 10 Mk. Klasse 216. . . 10 Mk. Klasse 217. . . 10 Mk. Klasse 218. . . 10 Mk. Klasse 219. . . 10 Mk. Klasse 220. . . 10 Mk. Klasse 221. . . 10 Mk. Klasse 222. . . 10 Mk. Klasse 223. . . 10 Mk. Klasse 224. . . 10 Mk. Klasse 225. . . 10 Mk. Klasse 226. . . 10 Mk. Klasse 227. . . 10 Mk. Klasse 228. . . 10 Mk. Klasse 229. . . 10 Mk. Klasse 230. . . 10 Mk. Klasse 231. . . 10 Mk. Klasse 232. . . 10 Mk. Klasse 233. . . 10 Mk. Klasse 234. . . 10 Mk. Klasse 235. . . 10 Mk. Klasse 236. . . 10 Mk. Klasse 237. . . 10 Mk. Klasse 238. . . 10 Mk. Klasse 239. . . 10 Mk. Klasse 240. . . 10 Mk. Klasse 241. . . 10 Mk. Klasse 242. . . 10 Mk. Klasse 243. . . 10 Mk. Klasse 244. . . 10 Mk. Klasse 245. . . 10 Mk. Klasse 246. . . 10 Mk. Klasse 247. . . 10 Mk. Klasse 248. . . 10 Mk. Klasse 249. . . 10 Mk. Klasse 250. . . 10 Mk. Klasse 251. . . 10 Mk. Klasse 252. . . 10 Mk. Klasse 253. . . 10 Mk. Klasse 254. . . 10 Mk. Klasse 255. . . 10 Mk. Klasse 256. . . 10 Mk. Klasse 257. . . 10 Mk. Klasse 258. . . 10 Mk. Klasse 259. . . 10 Mk. Klasse 260. . . 10 Mk. Klasse 261. . . 10 Mk. Klasse 262. . . 10 Mk. Klasse 263. . . 10 Mk. Klasse 264. . . 10 Mk. Klasse 265. . . 10 Mk. Klasse 266. . . 10 Mk. Klasse 267. . . 10 Mk. Klasse 268. . . 10 Mk. Klasse 269. . . 10 Mk. Klasse 270. . . 10 Mk. Klasse 271. . . 10 Mk. Klasse 272. . . 10 Mk. Klasse 273. . . 10 Mk. Klasse 274. . . 10 Mk. Klasse 275. . . 10 Mk. Klasse 276. . . 10 Mk. Klasse 277. . . 10 Mk. Klasse 278. . . 10 Mk. Klasse 279. . . 10 Mk. Klasse 280. . . 10 Mk. Klasse 281. . . 10 Mk. Klasse 282. . . 10 Mk. Klasse 283. . . 10 Mk. Klasse 284. . . 10 Mk. Klasse 285. . . 10 Mk. Klasse 286. . . 10 Mk. Klasse 287. . . 10 Mk. Klasse 288. . . 10 Mk. Klasse 289. . . 10 Mk. Klasse 290. . . 10 Mk. Klasse 291. . . 10 Mk. Klasse 292. . . 10 Mk. Klasse 293. . . 10 Mk. Klasse 294. . . 10 Mk. Klasse 295. . . 10 Mk. Klasse 296. . . 10 Mk. Klasse 297. . . 10 Mk. Klasse 298. . . 10 Mk. Klasse 299. . . 10 Mk. Klasse 300. . . 10 Mk. Klasse 301. . . 10 Mk. Klasse 302. . . 10 Mk. Klasse 303. . . 10 Mk. Klasse 304. . . 10 Mk. Klasse 305. . . 10 Mk. Klasse 306. . . 10 Mk. Klasse 307. . . 10 Mk. Klasse 308. . . 10 Mk. Klasse 309. . . 10 Mk. Klasse 310. . . 10 Mk. Klasse 311. . . 10 Mk. Klasse 312. . . 10 Mk. Klasse 313. . . 10 Mk. Klasse 314. . . 10 Mk. Klasse 315. . . 10 Mk. Klasse 316. . . 10 Mk. Klasse 317. . . 10 Mk. Klasse 318. . . 10 Mk. Klasse 319. . . 10 Mk. Klasse 320. . . 10 Mk. Klasse 321. . . 10 Mk. Klasse 322. . . 10 Mk. Klasse 323. . . 10 Mk. Klasse 324. . . 10 Mk. Klasse 325. . . 10 Mk. Klasse 326. . . 10 Mk. Klasse 327. . . 10 Mk. Klasse 328. . . 10 Mk. Klasse 329. . . 10 Mk. Klasse 330. . . 10 Mk. Klasse 331. . . 10 Mk. Klasse 332. . . 10 Mk. Klasse 333. . . 10 Mk. Klasse 334. . . 10 Mk. Klasse 335. . . 10 Mk. Klasse 336. . . 10 Mk. Klasse 337. . . 10 Mk. Klasse 338. . . 10 Mk. Klasse 339. . . 10 Mk. Klasse 340. . . 10 Mk. Klasse 341. . . 10 Mk. Klasse 342. . . 10 Mk. Klasse 343. . . 10 Mk. Klasse 344. . . 10 Mk. Klasse 345. . . 10 Mk. Klasse 346. . . 10 Mk. Klasse 347. . . 10 Mk. Klasse 348. . . 10 Mk. Klasse 349. . . 10 Mk. Klasse 350. . . 10 Mk. Klasse 351. . . 10 Mk. Klasse 352. . . 10 Mk. Klasse 353. . . 10 Mk. Klasse 354. . . 10 Mk. Klasse 355. . . 10 Mk. Klasse 356. . . 10 Mk. Klasse 357. . . 10 Mk. Klasse 358. . . 10 Mk. Klasse 359. . . 10 Mk. Klasse 360. . . 10 Mk. Klasse 361. . . 10 Mk. Klasse 362. . . 10 Mk. Klasse 363. . . 10 Mk. Klasse 364. . . 10 Mk. Klasse 365. . . 10 Mk. Klasse 366. . . 10 Mk. Klasse 367. . . 10 Mk. Klasse 368. . . 10 Mk. Klasse 369. . . 10 Mk. Klasse 370. . . 10 Mk. Klasse 371. . . 10 Mk. Klasse 372. . . 10 Mk. Klasse 373. . . 10 Mk. Klasse 374. . . 10 Mk. Klasse 375. . . 10 Mk. Klasse 376. . . 10 Mk. Klasse 377. . . 10 Mk. Klasse 378. . . 10 Mk. Klasse 379. . . 10 Mk. Klasse 380. . . 10 Mk. Klasse 381. . . 10 Mk. Klasse 382. . . 10 Mk. Klasse 383. . . 10 Mk. Klasse 384. . . 10 Mk. Klasse 385. . . 10 Mk. Klasse 386. . . 10 Mk. Klasse 387. . . 10 Mk. Klasse 388. . . 10 Mk. Klasse 389. . . 10 Mk. Klasse 390. . . 10 Mk. Klasse 391. . . 10 Mk. Klasse 392. . . 10 Mk. Klasse 393. . . 10 Mk. Klasse 394. . . 10 Mk. Klasse 395. . . 10 Mk. Klasse 396. . . 10 Mk. Klasse 397. . . 10 Mk. Klasse 398. . . 10 Mk. Klasse 399. . . 10 Mk. Klasse 400. . . 10 Mk. Klasse 401. . . 10 Mk. Klasse 402. . . 10 Mk. Klasse 403. . . 10 Mk. Klasse 404. . . 10 Mk. Klasse 405. . . 10 Mk. Klasse 406. . . 10 Mk. Klasse 407. . . 10 Mk. Klasse 408. . . 10 Mk. Klasse 409. . . 10 Mk. Klasse 410. . . 10 Mk. Klasse 411. . . 10 Mk. Klasse 412. . . 10 Mk. Klasse 413. . . 10 Mk. Klasse 414. . . 10 Mk. Klasse 415. . . 10 Mk. Klasse 416. . . 10 Mk. Klasse 417. . . 10 Mk. Klasse 418. . . 10 Mk. Klasse 419. . . 10 Mk. Klasse 420. . . 10 Mk. Klasse 421. . . 10 Mk. Klasse 422. . . 10 Mk. Klasse 423. . . 10 Mk. Klasse 424. . . 10 Mk. Klasse 425. . . 10 Mk. Klasse 426. . . 10 Mk. Klasse 427. . . 10 Mk. Klasse 428. . . 10 Mk. Klasse 429. . . 10 Mk. Klasse 430. . . 10 Mk. Klasse 431. . . 10 Mk. Klasse 432. . . 10 Mk. Klasse 433. . . 10 Mk. Klasse 434. . . 10 Mk. Klasse 435. . . 10 Mk. Klasse 436. . . 10 Mk. Klasse 437. . . 10 Mk. Klasse 438. . . 10 Mk. Klasse 439. . . 10 Mk. Klasse 440. . . 10 Mk. Klasse 441. . . 10 Mk. Klasse 442. . . 10 Mk. Klasse 443. . . 10 Mk. Klasse 444. . . 10 Mk. Klasse 445. . . 10 Mk. Klasse 446. . . 10 Mk. Klasse 447. . . 10 Mk. Klasse 448. . . 10 Mk. Klasse 449. . . 10 Mk. Klasse 450. . . 10 Mk. Klasse 451. . . 10 Mk. Klasse 452. . . 10 Mk. Klasse 453. . . 10 Mk. Klasse 454. . . 10 Mk. Klasse 455. . . 10 Mk. Klasse 456. . . 10 Mk. Klasse 457. . . 10 Mk. Klasse 458. . . 10 Mk. Klasse 459. . . 10 Mk. Klasse 460. . . 10 Mk. Klasse 461. . . 10 Mk. Klasse 462. . . 10 Mk. Klasse 463. . . 10 Mk. Klasse 464. . . 10 Mk. Klasse 465. . . 10 Mk. Klasse 466. . . 10 Mk. Klasse 467. . . 10 Mk. Klasse 468. . . 10 Mk. Klasse 469. . . 10 Mk. Klasse 470. . . 10 Mk. Klasse 471. . . 10 Mk. Klasse 472. . . 10 Mk. Klasse 473. . . 10 Mk. Klasse 474. . . 10 Mk. Klasse 475. . . 10 Mk. Klasse 476. . . 10 Mk. Klasse 477. . . 10 Mk. Klasse 478. . . 10 Mk. Klasse 479. . . 10 Mk. Klasse 480. . . 10 Mk. Klasse 481. . . 10 Mk. Klasse 482. . . 10 Mk. Klasse 483. . . 10 Mk. Klasse 484. . . 10 Mk. Klasse 485. . . 10 Mk. Klasse 486. . . 10 Mk. Klasse 487. . . 10 Mk. Klasse 488. . . 10 Mk. Klasse 489. . . 10 Mk. Klasse 490. . . 10 Mk. Klasse 491. . . 10 Mk. Klasse 492. . . 10 Mk. Klasse 493. . . 10 Mk. Klasse 494. . . 10 Mk. Klasse 495. . . 10 Mk. Klasse 496. . . 10 Mk. Klasse 497. . . 10 Mk. Klasse 498. . . 10 Mk. Klasse 499. . . 10 Mk. Klasse 500. . . 10 Mk. Klasse 501. . . 10 Mk. Klasse 502. . . 10 Mk. Klasse 503. . . 10 Mk. Klasse 504. . . 10 Mk. Klasse 505. . . 10 Mk. Klasse 506. . . 10 Mk. Klasse 507. . . 10 Mk. Klasse 508. . . 10 Mk. Klasse 509. . . 10 Mk. Klasse 510. . . 10 Mk. Klasse 511. . . 10 Mk. Klasse 512. . . 10 Mk. Klasse 513. . . 10 Mk. Klasse 514. . . 10 Mk. Klasse 515. . . 10 Mk. Klasse 516. . . 10 Mk. Klasse 517. . . 10 Mk. Klasse 518. . . 10 Mk. Klasse 519. . . 10 Mk. Klasse 520. . . 10 Mk. Klasse 521. . . 10 Mk. Klasse 522. . . 10 Mk. Klasse 523. . . 10 Mk. Klasse 524. . . 10 Mk. Klasse 525. . . 10 Mk. Klasse 526. . . 10 Mk. Klasse 527. . . 10 Mk. Klasse 528. . . 10 Mk. Klasse 529. . . 10 Mk. Klasse 530. . . 10 Mk. Klasse 531. . . 10 Mk. Klasse 532. . . 10 Mk. Klasse 533. . . 10 Mk. Klasse 534. . . 10 Mk. Klasse 535. . . 10 Mk. Klasse 536. . . 10

Der Laubkollonist.

Gartenarbeiten im Juli

Endlich hat das Wetter ein Einsehen gehabt und uns den nötigen Regen gebracht. Und dieser tat so not und kam gerade noch zurecht, um gute Folgen zu zeitigen. Ueberraschend schnell hebt sich das Wachstum der Kartoffeln und aller Gemüsesorten, und bekommen wir bald auch noch etwas mehr Wärme und weniger Wind, dann ist die Hoffnung auf eine gute Gemüses- und Kartoffelernte wieder etwas wahrscheinlicher. Freilich die zumeist arg zurückgefahrenen Frühkartoffeln können nicht mehr einholen, was sie durch den Frost eingebüßt haben, dazu war er denn doch zu groß gewesen. Darum wird sich auch die Ernte der Frühkartoffeln um mehrere Wochen hinausschieben. Vor Mitte August wird es in diesem Jahre nicht ratsam sein, mit der Kartoffelbuddelarbeit anzufangen. Ja, ich rate ganz entschieden vor dem zu frühen Ernten der Kartoffeln ab, denn dadurch schadet man sich viel mehr, als man gemeinhin annimmt. Reicht man die Knollen in unreifem, unangewachsenem Zustande aus der Erde, so beträgt und schädigt man sich selbst. Ein Hinausschieben der Ernte um 14 Tage vermag unter Umständen das Gewicht mehr als verdoppeln. Und das will heute gewiß viel bedeuten. Ueberwindung wird das manchmal sicherlich kosten, aber es gereicht ja zum eigenen Vorteile.

Und was ich hier von den Frühkartoffeln im Besonderen sagte, bezieht sich in gleicher Weise auch auf alles Gemüse im allgemeinen. Ich glaube, unzählige Hausfrauen werden in diesen Wochen schon ratlos vor dem gefassten jungen Gemüse gestanden und nicht gewußt haben, was mit ihm anzufangen. Ich nenne zum Beispiel nur den Kohlrabi und die Karotten, die zurzeit hin und wieder einmal nach jätzeren Hindernissen zu erhaschen sind. Man sehe sich dieses Zeug einmal richtig an, — die Hausfrau tut's ja sowieso — und überlege sich, was übrig bleibt, wenn der Kohlrabi geschält, die Karotten geschält sind. Es lohnt manchmal nicht der Mühe. Sind doch die Kohlrabi oft von der Stärke einer Daumenkuppe und die Karotten von dem Umfange eines abgewaschenen Bleistiftendens. Handelt es sich um gekaufte Ware, dann ist das Motiv verständlich. Blinder, habgieriger Käufer hat hier gewütet. Sehe ich aber, wie so mancher Laubkollonist dabei ist, sein Gemüse herauszureißen, wenn es noch in den ersten Entwicklungsstufen ist, dann könnte ich vor Jörn über solchen Unverstand das Zeug dem Teufel um den Kopf schlagen, damit er aufwacht und endlich begreift, wach unzeitliche Arbeit er mit diesem vorzeitigen Ernten beginnt, welche schwere Schädigung er sich vor allen Dingen selbst beibringt. Darum noch einmal: eile nicht mit der Gemüsernte, laß alles richtig ausreifen, damit alles wohl ausgeht. Rot tut es, daß wir unserm Stückchen Erde soviel in Menge als auch in Güte abringen, als nur irgendwie möglich ist. Und das ist nur dann möglich, wenn wir uns mit Geduld beherrichen können. Gewiß schmecken die jungen, halbentwickelten, grünen Erbsen besser, süßer, als völlig ausgewachsene. Vergleiche man aber den Nährwert dieser zwei Entwicklungsstufen, dann ist der der völlig ausgewachsenen, wenn auch noch nicht ausgereiften Erbsen ein vielfaches höherer, als der des jungen, jungen Korns. Und auf die Höhe des Nährwertes kommt es heute doch einzig und allein an.

Der Regen hat dem Boden also die nötige Feuchtigkeit gebracht. Hiermit sind die Wurzeln der Gemüsepflanzen fürs erste reichlich versehen. Nun sorgen wir dafür, daß sie die Luft, die sie zu gutem Gedeihen gleich nötig haben, auch erhalten. Zu dem Zwecke müssen wir die Erde sorgfältig lockern, lockern. So tritt die Luft in die Erde, erwärmt sie und begünstigt so noch die guten Folgen der Feuchtigkeit. Es kann gar nicht häufig genug gemacht werden, besonders im schweren Boden; indirekt wird damit ja auch das Unkraut vertilgt. Denn überall da, wo häufig und gut gehackt wird, kann sich das Unkraut gar nicht erst entwickeln. Das ist aber selbstverständlich, daß ein Gärtniker auch stets sauber, unkrautfrei sein muß. Ebenso soll auch das Ungeziefer bekämpft werden, von dem zurzeit die Raupe des Kohlweihlings wohl am gefährlichsten ist. Wer jedoch die Warnung befolgt, alle Kohlraben daraufhin öfter durchsieht und die gelben Eierhäufchen vernichtet, wird auch durch den Fraß der Raupen kaum zu leiden haben. Vorgehen ist auch hier besser als nach-

gesehen. Wenn irgendwie die Möglichkeit geboten ist, Jauche verwenden zu können, tue dies jetzt in ausgiebigster Weise. Alle Kohlraben, Gurken, Kürbis und Tomaten sind sehr erkenntlich für solche Gaben. Auch Sellerie verträgt sie gut. Alle sonstigen Wurzelgewächse, wie Karotten, Petersilie, auch Zwiebeln und alle Hülsenfrüchte, sollen nicht mit Jauche bedacht werden.

So wie die Ernte des Frühgemüses vor sich geht, werden auch wieder Beete zu neuer Bestellung frei. Man möge sie recht ausgiebig aus. Jedes flache Beet wird wieder mit einer Gemüsesart bestellt. Alle Kohlraben, frühe Sorten, können anfangs des Monats noch gepflanzt werden, bis Ende des Monats auch noch Rosen- und Blätterkohl, Kohlrabi, Kohlrüben, Kopfsalat, Karotten werden noch ausgelegt, und die ersten Aussaaten von Spinat für den Herbstverbrauch erfolgen jetzt. Rote Beete können noch gepflanzt werden. In warmen Tagen, mit warmen, leichten Böden mag man diesmal auch noch am Anfang des Monats Buschbohnen auslegen. Eine gute Bearbeitung späterhin sichert uns noch eine gute Herbsternte, sofern nicht ein allzu strenger Frühfrost und einen Ertrag durch die Reifezeit setzt. Der Liebhaber sorge jetzt durch Aussaat von Winterrettig für den Winter vor.

Die Tomaten müssen beachtet werden; durch regelmäßiges Ausschneiden der Rebentriebe ist für einen kräftigen Haupttrieb zu sorgen, der fortlaufend mit dem Wachstum an den Pfahl gebunden wird. Durch reichliches Gießen in Trockenheit, auch durch Jauchen, ist für stotter Wachstum Sorge zu tragen. Letzteres bezieht sich auch auf die Gurken, denen beim Gießen möglichst luftwarmes, abgestandenes Wasser gegeben werden soll. Nachbarberstauben, die jetzt mit dem Wachstum nachlassen, sind kräftig zu jauchen, auch zu düngen, damit sie Reiferbestöße sammeln für das nächste Jahr. Reife Stachelbeeren, Perlbeeren und Schalotten werden bei trockenem Wetter herausgenommen, zum Nachtrocknen an luftigem, regenreicherem Ort ausgebreitet und später gereinigt. Von Perlbeeren und Schalotten werden dabei die kleinen zur Nachzucht für das nächste Jahr ausgelegt und trocken aufbewahrt.

Jetzt, wo die Ernte der Beerenfrüchte und anderen Obstes im Gange ist, muß auf sorgfältiges Pflücken hingewiesen werden. Wie häufig ist zu sehen, daß nach dem Pflücken des Obstes eine Menge Blätter, Triebe und selbst größere Zweige am Boden liegen. Das ist natürlich ganz ungebührlich, da hierdurch Bäume und Sträucher leiden, auch durch Abbrechen des Fruchtholzes die nächste Ernte vermindert wird. Besonders lassen sich Sauerkirschen schlecht pflücken. Man schneidet darum die Früchte mit einer Schere ab. Dies schädigt den Baum und erhält ihm viel Fruchtholz. Kernobst ist bei Trockenheit reichlich zu wässern, zu dicht stehende Früchte sind zu dünnen, wurmfressige abpflücken und in der Nähe zu verwerten oder dem Vieh zu verfüttern. Dasselbe gilt auch für das Fallobst, das unter keinen Umständen liegen darf. Sonst wird das Ungeziefer vermehrt! Ueberhaupt muß beim Obstbaum anbauend noch dem Ungeziefer Ausschau gehalten werden, was sich im kleinen Garten, wo es sich ja meist nur um wenige Bäume handelt, gewöhnlich leicht ausführen läßt. Reich tragende Bäume müssen gesäubert werden, um Abbruch zu verhindern. Letzteres tritt auch oftmals ein, wenn bei der Ernte des Obstes in den Ästen jüngerer Bäume herumgeklettert wird. Das sollte natürlich nie vorkommen, denn dazu sind schließlich Leitern vorhanden. Die Gesundheit und Unversehrtheit der Bäume muß stets allem anderen vorgehen. Weinspaltler werden wiederholt geegelt, die Rebentriebe diesjähriger Reben sind auszuschneiden, wie auch Formobstbäume nochmals des Sommerchnittes durchgesehen werden müssen.

Die Erdbeerernte ist vorbei. Ich schneide nun alles Blattwerk bis an den Erdboden zurück, entferne alles Unkraut und alle Ranken bis auf die, die ich zum Nachpflanzen nötig habe. Dann bringe ich guten, alten Kompost oder verrotteten Dung auf die Beete und wässere durchdringend. So machen die Erdbeeren ein neues, gesundes Land und kräftigen sich für die nächste Ernte.

Den Blumen muß auch etwas Zeit und einige Kosten geschenkt werden. Verblühte Stauden, Rosen werden zurückgeschnitten. Goldblaspflanzen werden gepflanzt, Stiefmütterchen, Bergheimeinicht werden ausgelegt. Hochwachsende Stauden, Dahlien, Gladiolen müssen angebunden werden. Daß auch rings um die Blütenpflanzen Sauerbitter herrschen muß, ist doch selbstverständlich. Von vorhandenen Sommerblumen bezeichne man die schönsten Mästen und sammle ihren Samen. So bringt der Garten auch seine Freuden mit.

Vom schmerzlosen Gebären.

Dr. Helene Stöcker, die Vorläuferin der Frauenbewegung, veröffentlicht in der „Neuen Generation“ das Ergebnis einer an viele bekannte Frauenärzte gerichteten Umfrage über ihre Erfahrungen mit dem „Dämmer Schlaf“-Verfahren, das zuerst von dem Freiburger Professor Krönig und Gauß eingeführt wurde. Durch das im Jahre 1904 zuerst in der Praxis angewandte Verfahren werden den Gebärenden mehrere Einspritzungen von Morphinum mit Scopolamin gegeben, worauf sich ein dämmer schlafartiger Zustand einstellt, in dem zwar das Bewußtsein ausgeschaltet wird, die zur Vollendung des Geburtsaktes notwendigen Muskelbewegungen aber nicht zum Stillen gebracht werden, so daß der Wehenschmerz also nicht befreit, sondern nur nicht empfunden wird. Von den 17 Frauenärzten, die sich zu der Frage äußerten, sprachen sich im großen ganzen sieben zugunsten der Methode aus, darunter in erster Linie die früheren Mitarbeiter des inzwischen verstorbenen Krönig, Gauß und Rankow; ablehnend verhielt sich nur Dr. Kirstein (Marburg-Vahn), der die „hohe moralische Bedeutung des Geburtschmerzes“ hervorhebt und aus diesem Grunde nichts von einer Erleichterung der schweren Stunde der Frau wissen will. Die übrigen Beantworter der Umfrage stellen in teils sehr eingehender Weise die von ihnen beobachteten Schäden der Krönigschen Methode ihrem unzweifelhaften Nutzen gegenüber. Fast alle sind sich einig darüber, daß der Dämmer schlaf nur von besonders geschulten Spezialärzten und möglichst in Kliniken und Einzelzimmern ausgeführt werden kann, so daß es kaum möglich sein wird, auch den ärmeren Klassen seine in vielen Fällen unzweifelhaft großen Erleichterungen zugute kommen zu lassen.

Auf die Frage, ob von der allgemeineren Einführung des Dämmer schlafes eine Steigerung der Geburtenziffer zu erwarten sein werde, lauten die Antworten dabei in den meisten Fällen verneinend. Was die Schädigungen für die Gesundheit von Mutter und Kind betrifft, die beobachtet wurden, so geben die Ansichten noch ziemlich weit auseinander. So spricht Prof. Baum (Berlin) geradezu von einer ungesunden Wirkung auf die Frucht, und auch Dr. Dietrich (Köln) ist der Meinung, daß das Gift unter Umständen schädlich auf das zarte Gehirn des Neugeborenen einwirken könne, während man jetzt dazu gelangt sei, unter Wahrung gewisser Vorsichtsmaßnahmen der Mutter gesundheitlichen Schäden zu ersparen. Prof. Gauß, der den Dämmer schlaf selbst aus der Taufe gehoben hat, äußert sich naturgemäß in sehr empfehlendem Sinne über die Methode. Freilich gibt er auch zu, daß sie eigentlich nur im Krankenhaus gut anwendbar ist. „Das sollte aber“, so schreibt der Freiburger Frauenarzt, „sein Grund zur Ablehnung sein. Im Gegenteil, es hat den Anschein, als ob in der Geburtshilfe jetzt alles auf eine stärkere Inanspruchnahme der Gebäranstalten hinbränge; sollte das nicht zugleich auch Grund und Anlaß sein, die Vorteile des Dämmer schlafes mehr Frauen zuzuführen zu lassen, als es bisher möglich war?“ — Auch Prof. Dr. Stumbach (Tübingen) gibt sich als Anhänger des Dämmer schlafes zu erkennen. Er schreibt: „Nichtig angewandt, ist er ein großer Segen für die Gebärende. Der Staat und die Gemeinden werden sich nach dem Kräfte sowie entschließen müssen, Entbindungshäuser, Wöchnerinnenheime usw. in größerer Zahl als früher einzurichten. Da wird dann auch der Dämmer schlaf zu seinem Rechte kommen.“

Notizen.

— Theaterchronik. Die Winterspielzeit des Deutschen Theaters beginnt am 1. September. Mit Reichthum „Dresler“ wird als dritte Wägnis der umgebante Jirka Schumann, der voraussichtlich den Roman „Großes Schauspielhaus“ führen wird, eröffnet werden.

— Im Münchener Glaspalast wird auch dieses Jahr eine große Kunstausstellung zu sehen sein, an der alle wichtigsten Münchener Künstlergruppen beteiligt sind. Sie wurde am Montag eröffnet.

— Das neueste schwedische Verkehrsmittel ist der sogenannte „Landstrassenzug“. Die erste dieser neuartigen Bahnen, die hauptsächlich für die Beförderung von Bauholz usw. gedacht sind, ist soeben in Betrieb gesetzt worden. Als Lokomotive dient ein Lastauto von 75 Pferdekraften, das vier mit 40 Tonnen beladene Wagen ziehen kann, jedoch nur auf guten Wegen. Als gefährlicher Konkurrenz der Eisenbahn ist dieses langsame Beförderungsmittel nicht anzusehen, sondern nur als eine gute Ergänzung dafür.

25

Lodz.

Das gelobte Land.

Roman von W. St. Reymont.

„Blind waren sie! . . . Ich kenne ihn, jedes Jahr schreibt er, wenn die Aprilschneeflocken heranziehen. Lesen Sie's nicht weiter, ich weiß, was drin steht. Witten um Geld und Verschönerungen, ein Edelmann müsse seine Stammesgenossen unterstützen. Dummkopf! Ins Feuer!“

Und so ging's weiter. Es waren Briefe da von Witwen mit Kindern, ohne Kinder, mit kranken Männern und Müttern, von Waisen, von Leuten, die in der Fabrik verkrüppelt wurden, von Leuten, die Anstellungen suchten, von Technikern, Ingenieuren, von verschiedenen Erfindern, die Umwälzungen in der Baumwollindustrie versprachen und unterdessen um ein Darlehen nachsuchten zur Beendigung ihrer Studien und Auslieferung ihrer Modelle; es war sogar ein Liebesbrief dabei, das Geständnis einer früheren Bekannten, die in ihrem augenblicklichen Elend das frühere Glück nicht vergessen konnte.

„Ins Feuer! Ins Feuer!“ schrie er, sich vor Sachen schüttelnd; er wollte die schwulstigen, pathetischen Tiraden, die flehentlichen Bitten und Verschönerungen, die mit dem Ersuchen um ein Darlehen schlossen, nicht mehr anhören.

„Nennen Sie, wie die Leute mich hochschätzen! Wie sie meine Rubel lieben.“

Es waren auch Briefe drunter mit schmällichsten Verschimpfungen; Karl hielt inne, er wagte nicht, ob er sie lesen sollte.

„Lesen Sie, die beschimpfen mich, das hab' ich gern, das ist wenigstens aufrichtig, oft sogar amüsanter, wie das andere.“

Karl las einen Brief, der mit den Worten anfang: „Du Räubersführer der Lodzer Diebe“, und eine ganze Etala von Flüchen und Verschimpfungen enthielt, von denen die sanftesten lauteten: „Schwein! Schurke! Verbrecher! Blutegel! Gemeiner Hund!“ und mit dem Satz schloß: „Wenn dich Gottes Rache nicht erreicht, dann trifft dich sicher der Menschen Strafe, du elender Hund und Schinder!“

Der Brief trug keine Unterschrift.

„Der hat Humor. Ja, ha, ha! Ein lustiges Vieh.“

„Wissen Sie, Herr Rat, ich hab' genug, es ist mir schon ekelhaft.“

„Lesen Sie. Trinken Sie nur mit vollen Hagen dieses Spülwasser der Menschheit, und weiden Sie sich an dem Menschenpaß, das ist gut zur Ernüchterung. Das gehört zur Lodzer Psychologie und zu Curer unbeholfenen Unfähigkeit.“

„Nicht alle Briefe sind ja von Polen, es sind auch deutsche Briefe da, die Mehrzahl ist sogar deutsch geschrieben.“

„Das beweist eben, daß sie alle von Polen stammen. Ihr habt ein Talent für fremde Sprachen und zur Vettelei, das macht Ihr gut“, sagte Buchholz mit Nachdruck.

Karl schaute ihn mit Augen an, in denen grüne Hornesfunken sprühten und Haß aufblitzte, las aber weiter. Eine Denunziation gegen den ersten Lageraufseher, daß er Ware stehle.

„Geben Sie's mal her, das muß man feststellen.“

Er hob den Brief in die Tasche.

Es waren noch Beschwerden über Meister, Drohungen Entlassener, auch solche Denunziationen: einer hätte von Buchholz gesagt, er sei „ein Schwein mit ausgebrannten Augen“, „ein alter Dieb“. Diese waren mit Bleistift auf feinem Packpapier geschrieben.

„Geben Sie den Brief her, der ist wichtig, ein feueres Dokument, was von mir meine Leute reden.“ Er lächelte verächtlich. „Glauben Sie, daß ich jeden Tag solche Briefe lese? Ja, ha, ha! August macht Feuer damit, dazu allein sind sie gut, diese Biß.“

„Und doch geben der Herr Rat einige tausend Rubel jährlich für verschiedene wohltätige Zwecke.“

„Ich geb' sie, ich geb' sie, weil man sie mir raubstiehlt, weil ich dem Gesindel, um Ruhe zu haben, einen Knochen vorwerfen muß.“

„Das alte Prinzip: Noblesse oblige, heißt heute: die Millionen verpflichten.“

„Ein dummes nihilistisches Prinzip; was schert es mich, daß sie Hungers sterben, mögen sie vor Hunger krepierten. Stets muß ein Teil der Menschen nichts haben. Mir hat kein Mensch einen Pfennig gegeben, alles mußte ich mir zusammenarbeiten, zusammenverdienen. Warum soll ich heute ändern was geben, wofür? Es soll mir einer nachweisen, daß ich es tun muß. Wenn soll ich denn geben? Den Herren, die ihre Vermögen verpraßt haben. Der Teufel hol' sie. Hier bei euch möchte jeder nehmen, aber keiner will arbeiten. Wäre doch einer von euch hergekommen nach Lodz, wie ich, hätte sich an die Arbeit gemacht, er hätte gerade so wie ich ein Vermögen gemacht. Und warum geschah das nicht? Weil ihr in dieser Zeit bei uns Revolution gemacht habt. . . . Ja, ho, ho, ho! Don Quixotten!“ Verächtlich spuckte er aus, gerade auf seine Nase, und lachte lange, in glänzender Laune.

Karl ging im Zimmer auf und ab. Er wollte nicht mehr sprechen. Obwohl alles vor Jörn in ihm zitterte, schwiog er und tat gleichgültig. Buchholz würde er nicht

überzeugen, daß wußte er, und er wollte sich auch nicht mit ihm überwerfen.

Buchholz merkte die Drangsal, die er Borowiecki zufügte, und sagte ihm immer schmerzlichere Sachen. Mit Ueberlegung marterte er ihn. Ein ungewöhnliches Vergnügen machte es ihm, andere zu quälen und die menschliche Seele anzupöbeln.

Er lag fast ausgestreckt im Hauteuil. In dem ständig gefährten Feuer, in dem er andauernd herumharrte, brannten die Beine beinahe an. Das gräuelige Gesicht, in dem die blutigen Augen blickig und höhnisch leuchteten, sah aus wie das einer in Fäulnis übergehenden Leiche. Der runde Schädel mit den Nesten weißer Haare hob sich von dem dunklen Hintergrund des Hauteuils grell ab.

Ohne aufzuhören, spie er mit immer größerer Wut auf alles und geriet alles. Wie ein Gähne sah er aus, der in Lumpen und Flehen eingewickelt in der Tiefe seines goldenen Tempels auf Millionen lauert und scheinbar sehr mächtig alle verhöhnt, der Schwäche spottet, den Flehischen Hohn spricht und die Menschheit verachtet, die sich nicht zu Millionen erheben hat.

Endlich unterdrückte ihn der Lata mit der Meldung, es sei angerichtet.

Zwei Leute hoben ihn mit dem Hauteuil auf und trugen ihn ins Schlafzimmer, das am anderen Ende des Hauses gelegen war.

„Sie verstehen zuzuhören; Sie sind ein kluger Mensch“, sagte er zu Karl, der dicht neben ihm ging.

„Das war alles sehr interessant, was Sie gesagt haben, es hat mich sehr interessiert, als Materialien zur Pathologie der Millionäre.“ erwiderte er ernst, ihm scharf in die Augen blickend.

„Herr Borowiecki! . . . Wasel nicht!“ brüllte er den Anks neben ihm gehenden Lata an und schlug ihn mit dem Stock auf den Kopf. „Herr Borowiecki, ich schätze Sie sehr, geben Sie mir Ihre Hand. Wir verstehen uns, wir können gut miteinander auskommen. Sie können stets auf mich rechnen.“

Im Schlafzimmer stand schon Frau Buchholz; als man ihren Mann an den Tisch geschoben hatte, schloß sie ihn auf die Stirn, reichte ihm die Hand zum Kuß und setzte sich ihm gegenüber.

Der Doktor war auch da. Als erster trat er an Borowiecki heran und stellte sich vor.

„Gammerstein, Dr. Julius Gustav Hammerstein.“ wiederholte er mit Nachdruck, sich den großen, flachblonden Bart glättend, der bis tief auf die Brust herabwollte.

(Fortf. folgt.)

Das Institut der kurzen Anfragen wurde nunmehr durch den Beschluß der 54. Plenarsitzung vom 8. Mai 1912 neu eingeführt. Den Reigen der Anfrager eröffnet am 11. Mai 1912 der Abg. Dr. Frank mit folgender kurzen Anfrage:

Ist der Herr Reichskanzler bereit, Auskunft darüber zu geben, ob Holland seine Zustimmung zu der Erhebung von Schiffsfahrtsabgaben auf dem Rhein erklärt hat?

Am 14. Mai beantwortet der Kaiserliche Wirkliche Geheimlegationsrat Dr. Lehmann die Anfrage wie folgt:

Ich bin beauftragt, die Anfrage des Herrn Abg. Dr. Frank dahin zu beantworten, daß der Herr Reichskanzler zu seinem Bedauern nicht in der Lage ist, über den Stand der Angelegenheit zurzeit Auskunft zu geben.

(Heiterkeit und Bravo! rechts.)

Auch zwei Ergänzungsanfragen werden von dem Regierungsvertreter mit nichtsfagenden Worten abgetan, Heiterkeit und Bravo rechts steigerten sich. In der Presse entwickelt sich nach diesem ersten Versuch eine Polemik. Allgemein herrscht aber die Meinung vor, daß die Regierung durch die nichtsfagende Antwort eine Beantwortung grundsätzlich nicht ablehnen will, denn auf eine zweite, von dem Abg. Fischer gestellte Anfrage hat der Staatssekretär Dr. Delbrück eine positive Antwort gegeben.

In der ersten Session der jetzt noch laufenden Legislaturperiode wurden insgesamt 161 kurze Anfragen gestellt, darunter 43 von Sozialdemokraten.

In der zweiten Session eröffneten sechs Zentrumsabgeordnete aus dem Weinbaubezirk den Reigen der Anfrager. Nun folgten die Anfragen in bunter Reihenfolge. Bis zum 24. Juni 1912 sind in der zweiten Session 500 Anfragen gestellt. Den Rekord hat der antifemistische Abgeordnete Berner-Hersfeld erreicht, der insgesamt in der zweiten Session 37 Anfragen gestellt, ihm folgen Dr. Müller-Reinigen mit 30, Dr. Heßler mit 24, Wassermann und Dr. Trendel mit je 16, Kunze mit 15, Dr. Liebschütz mit 13, Kunert mit 10, Geld und Herzfeld mit je 8, Davidsohn, Dittmann, Dr. Strefemann, Vogtherr mit je 7, Dr. Abiak, Behrens, Dr. Doormann, Rudloff und Stücken begnügten sich mit je 5 Anfragen. 12 Abgeordnete haben je 4, 24 je 3 und 35 je 2 Anfragen gestellt. 80 Abgeordnete waren bescheiden und begnügten sich mit einer Anfrage. 223 Abgeordnete haben das Institut der kurzen Anfragen nicht benützt. Damit ist aber keineswegs gesagt, daß diese Abgeordneten nicht auch für irgend eine Frage ein Interesse hatten, nicht irgendwie von der Regierung eine Auskunft verlangten. Direkte persönliche Befragung oder schriftliche Anfragen an irgend ein Ressort der Reichsregierung wird noch nach wie vor beliebt, wenn eine solche erbetene Auskunft nicht allgemein interessierende Angelegenheiten betrifft, auch überwiegend von Abgeordneten, die die Ausführungen des Abgeordneten Dr. Junck vom 15. Februar 1912 noch im Gedächtnis haben, in welchem er die nötige Zurückhaltung als eine Kunst des Fragens bezeichnete.

In der Sitzung am 5. Juli wird voraussichtlich die von den Abgeordneten Stücken-Scheidemann gestellte kurze Anfrage Nr. 500 beantwortet. Dieselbe lautet:

Der Stellvertretende kommandierende General des II. Armeekorps v. Vietinghoff hat durch eine Verfügung vom 10. Mai 1912 das Halten des „Gewürts“ für sämtliche Lazarette seines Befehlsbereichs verboten. Das Verbot ist dann noch auf den in Siedlin erscheinenden „Vollbüchsen“ ausgedehnt worden. Ist dem Herrn Reichskanzler dieses Vorgehen des Generals von Vietinghoff bekannt und ist er bereit, die Aufhebung dieser Verfügung herbeizuführen?

Eine kurze Anfrage stellt das deutsche Volk an seine Vertreter: Wieviel mal werden noch bis Kriegsende kurze Anfragen wegen Handhabung der Zensur, wegen des Belagerungszustandes, wegen der Nahrungsmittelversorgung usw. gestellt werden müssen? wb.

Herr Kopsch als Kühlmannstürzer.

In einer am Sonntag im Landesausschuß der Fortschrittlichen Volkspartei für das Königreich Sachsen gehaltenen Rede äußerte sich Herr Kopsch, Landtagsabgeordneter Kopsch auch über die Kühlmann-Rede. Er sagte u. a.:

„Unsere Partei ist mit dem Gedankengang der Kühlmann-Rede einverstanden, aber trotzdem meinen wir, daß sie ein Fehler war. Eine Entlassungsrede für England war nicht am Platze, sie steht, wie kaum zu bezweifeln, im Widerspruch zu den Tatsachen. Sie bewirkt auch eine Erschlaffung unseres Willens, durchzuhalten, denn England ist der Staat, der für die Verlängerung des Krieges verantwortlich ist. Der Satz über die Beendigung des Krieges mußte in ganz anderer Form, unmißverständlich, ausgesprochen werden. Der Satz über die mögliche Kriegsdauer stand gleichfalls in unglücklichem Zusammenhang. Die Rede ist, wie ich zu sagen wage, im Einverständnis mit dem Reichskanzler und der Heeresleitung gehalten worden, aber sie haben nicht eine so ungehörige Form gewollt. Die Wirkung der Rede auf das deutsche Volk ist nicht die, die Kühlmann gewollt hat. Wir müßten einig bleiben. Was die Mehrheitsparteien für die Welt bedeuten, wird man erst später erkennen.“

Die alldeutsche Presse nimmt von diesen Ausführungen schmunzelnd und mit Befriedigung Kenntnis. Das „Berliner Tageblatt“ bemerkt dagegen, eine solche Auffassung der Kühlmann-Rede sei bisher in fortschrittlichen Kreisen nicht zum Ausdruck gekommen. — Im Anschluß an gewisse Vorgänge in der Reichstagsmehrheit fiel einmal das Wort von den „Wetterfahnen“.

Volksgewollte Abhängigkeiten.

Daß wir in einem der Organe, die seinerzeit das Wort von den „gottgewollten Abhängigkeiten“ mit Jubel aufgenommen haben, noch ein Klagegedicht über „Abhängigkeiten“ lesen würden, hätten wir kaum geglaubt. Und doch leben wir jetzt die „Kreuzzeitung“ herzerweichend über Abhängigkeiten jammern, die sie freilich nicht für gottgewollt hält. Daß die Reichstagsmehrheit es gewagt hat, etliche Regierungsvorlagen in einigen Punkten zu verbessern, hat es dem konservativen Blatt angetan. Und so klagt es unter dem Titel der „Abhängigkeiten“ folgendermaßen:

Die verschiedenen Geschenkwürfe, die der Verabschiedung harren, haben mehr oder weniger durch den Reichstag ein ganz anderes Bild bekommen, als sie bei der Vorlage durch die Regierung hatten. Nirgends hat es die Regierung gewagt, fest zu bleiben. Grundzüge werden beiseite geschoben, wie altes Gerumpel. Sowohl das Arbeitskammergesetz wie die Vorlage über die Verhältnismäßigkeiten in den großen Reichstagswahlkreisen und nicht zu vergessen das große Steuerprojekt haben Änderungen grundlegenden Art erfahren. Ueberall hat die demokratische Mehrheit mehr oder weniger ihren Willen durchgesetzt und ohne großen Kampf. Noch niemals hat es eine so nachgiebige

Regierung gegeben. Die Mehrheit betrachtet sich als ihr Gläubiger, und die Regierung kommt wie einer, der einmal angefangen hat, Wechsel zu schreiben, aus ihren Verpflichtungen nicht mehr heraus. Diese Dammenschräuben werden der Staatsgewalt ebenso in der auswärtigen Politik angelegt. Hier mag zwar mancher von der Reichstagsmehrheit im Grunde des Herzens anderer Meinung sein als die Maßgebenden dieser Parteilichgemeinschaft, aber ihre innerpolitische Abhängigkeit läßt sie sich nicht endgültig freimachen von der kleinlauten Friedensresolution. Letzten Endes ist es also die Sozialdemokratie, von der das Schicksal des Deutschen Reiches abhängig gemacht wird. Denn die inner- und außerpolitischen Abhängigkeiten in der Reichstagsmehrheit selbst beruhen doch auf der Befürchtung, daß die Scheidemann und Genossen eines schönen Tages nicht mehr mittun.

Natürlich arbeitet die „Kreuzzeitung“ bei dieser Darstellung als agitatorischen Gründen mit starken Uebertreibungen. Hinter dem Ganzen aber steht die sehr erklärliche Wut, daß die Konservativen im Reichstag fortgesetzt „das bittere Brot der Minderheit“ essen und alles gegen ihre Wünsche geht. Als die Konservativen noch in der Mehrheit saßen, haben sie selbstverständlich alle Regierungsvorlagen unverändert angenommen und nie versucht, sie nach ihren Wünschen umzugestalten, genau so, wie sie das jetzt im Preussischen Abgeordnetenhaus mit der Wahlrechtsvorlage tun. . . .

Schnelle Hilfe!

Anlässlich der Lubendorffspende ist davon gesprochen worden, daß den Kriegsbeschädigten oft schnellere Hilfe zuteil werden muß, als dies auf dem bürokratischen Weg möglich ist. Daß der Amtsschimmel kein Rennpferd ist, wußten wir längst, aber das sollte doch unmöglich sein, daß ein Kriegsbeschädigter dreimal eine Antwort erhält, wie sie einem Kriegsbeschädigten R. W. in Mainz zuteil wurde. Dieser hatte am 8. und 10. August 1917 ein Gesuch an seine Versorgungsabteilung gerichtet, auf das zunächst jede Antwort ausblieb. Auf dringende Vorstellung hin kam endlich folgender Bescheid auf Postkarte:

Zu J.-Nr. 4040/8 17. C 2 R.
Das Schreiben vom 8. u. 10. 8. 17 betr. höhere Rente befindet sich noch in Bearbeitung.
Kriegsministerium. Rentenabteilung.
J. A.: (Unterschriften).

Diese Postkarte erhielt W. auf je dreimalige, im ganzen dreimal; und liegen die drei Karten im Original vor. Die erste ist datiert vom 18. 1. 18, die zweite vom 25. 3. 18, die dritte vom 13. 5. 18! Also dreiviertel Jahr nach Einreichung des Gesuchs, nach dreimaliger dringender Mahnung nichts als der lakonische Bescheid „noch in Bearbeitung“.

Dabei ist W. bereits seit 19 Monaten (1. Dezember 1916) als d. u. entlassen. Er hat überhaupt noch keine Rente erhalten und das unbeantwortete Gesuch vom 8. und 10. August 1917 ist nicht das erste, sondern W. ist bereits im Januar 1917 um Rente eingekommen.

Auf der Versorgungsabteilung in Mainz wurde W. gesagt, er werde die Rente bekommen, das Geld gehe ihm nicht verloren, er solle nur „Geduld“ haben. W., der seit Juli 1917 fast ständig krank und häufig arbeitslos gewesen ist, war inzwischen gezwungen, seine gesamten Habsgüter, Kleider und Wertsachen, zu veräußern. In welcher Gemütsverfassung er sich befindet, ist unschwer zu erraten. Könnte nicht die Bearbeitung solcher Sachen etwas rascher vor sich gehen?

Bestürzte Reise nach Wien. Ueber den Termin einer Wiener Reise des Reichskanzlers steht vorläufig, wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hört, nichts fest.

Verlängerung der Reichstags-Legislaturperiode und Aufwandsentschädigung des Präsidenten. Dem Reichstag ist der Entwurf eines Gesetzes über die abermalige Verlängerung der Legislaturperiode — bis zum 12. Januar 1920 — zugegangen. In der Begründung des Entwurfes wird gesagt, daß die gleichen Gründe maßgebend sind wie bei den früheren Verlängerungen. Es wird vorgeschlagen, die neue Verlängerung wiederum auf ein Jahr auszusprechen, wobei eine frühere Beendigung der Legislaturperiode durch Auflösung vorbehalten bleibt, wenn es die Kriegslage gestattet. — Eine Ergänzung zum Etat sieht 80 000 M. Aufwandsgeelder für den Präsidenten vor.

Die Steuervorlagen im Hauptausschuß.

Der Hauptausschuß begann am Montagmorgen die zweite Lesung der Steuervorlage. Zunächst beriet er den Entwurf über die Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren. Bei § 2a (Aufhebung der Postfreiheit der fürsten) hat Staatssekretär Rühl, den Beschluß der ersten Lesung rückgängig zu machen und den von ihm angeforderten Gesuchentwurf abzuwarten, der diese Postfreiheit noch erheblich einschränkt. Die nicht zu bestreitenden Auswäse würden durch die angeforderte Vorlage beseitigt. Inzwischen ist ein Antrag auf Streichung des § 2a eingelaufen.

Abg. Eidelund (Soz.) kennzeichnet an einzelnen krassen Beispielen nochmals den bisher mit der Postfreiheit getriebenen Unflug. Wenn jetzt die gelegliche Vereitelung des Privatbesitzes nicht durchzuweisen sei, dann müsse die Einbringung des Postgebührengesetzes die Aussicht geben, daß binnen kurzem

auch mit dem Reste dieses Privatbesitzes ausgedumt werde. Die Streichung des § 2a wird hierauf beschlossen. Die übrigen Bestimmungen der Vorlage werden nach dem Beschluß der ersten Lesung unverändert angenommen. Ein Antrag Meyer-Herford will unter die bevorzugten Postsendungen, die von der Erhöhung des Postos ausgenommen bleiben sollen, auch die vielfältigen Zeitungskorrespondenzen aufnehmen. Der Antrag wird angenommen.

Die Änderung des Wechselstempelgesetzes wird nach kurzer Aussprache in der Fassung der ersten Lesung einstimmig angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Entwurfs über die Änderung des Reichsstempelgesetzes. Ein Antrag Gothein auf Wiedereinrichtung der Salosteuern in besonderen Fällen wird angenommen. Ein gemeinsamer Antrag aller Parteien mit Ausnahme der Fortschrittler und der Unabhängigen zu Artikel 6 schlägt vor, den Steuerfuß von 1 vom Tausend auf 2 vom Tausend zu erhöhen, während der Kriegszeit aber auf 5 vom Tausend. Obwohl die National Liberalen der Vereinbarung zugestimmt haben, wendet sich Abg. Kießer dagegen. Abg. Dove (Sp.) bekämpft gleichfalls diese Erhöhung, die ihren Zweck, die wilde Spekulation an der Börse zu unterbinden, nicht erreichen werde. Abg. Dr. Pfeiffer (Z.) führt diese Spekulation zum Teil darauf zurück, daß die Kurse nicht veröffentlicht werden. Gegen die Erhöhung hat er auch im Gegenfall zu seinen Parteifreunden Bedenken. Staatssekretär Graf Wedderer weist darauf hin, daß eine Ueberspekulation tatsächlich bestehe und eine Erhöhung der Steuerläge durchaus angebracht sei. Abg. Bernheim (L. Soz.) ist gegen das Kompromiß. Abg. Reil (Soz.) erklärt die Zustimmung seiner Partei zur Erhöhung, die von Bankleuten als durchaus erträglich bezeichnet werde. Allerdings dürfe der erhebliche Zweck der Steuer nicht in den Vordergrund gestellt werden. Abg. Mayer-Kaufmann (Z.) beantragt für die Kriegsdauer den Steuerfuß von 3, für die Friedenszeit von 1 vom Tausend.

Bei der Abstimmung über den Vermittlungsantrag Mayer-Kaufmann abgelehnt und der gemeinsame Antrag der fünf Parteien angenommen.

Parteinachrichten.

Ein Bezirksparteitag für die obere Rheinprovinz.

Der erste während der Kriegsjahre, fand am 29. und 30. Juni in Köln statt. Er war aus den Wahlkreisen des großen Gebietes zwischen Köln und Saarbrücken gut besucht. Bezirksparteisekretär Joergiebel konnte berichten, daß sich die Organisationen von den schweren Kriegsverlusten zu erholen beginnen. Der Mitgliederstand war in den Jahren 1914: 15 400, 1915: 6280, 1916: 8984, 1917: 8342, am 31. März d. J. aber 8641. Die Parteispaltung hat im Bezirk keinen nennenswerten Umfang angenommen. Nur in Köln hat die U. S. P. eine kleine Organisation. Im ganzen Bezirk ist nicht eine Organisation geschlossen übergetreten. Seit dem 1. April d. J. ist überall ein Wochenbeitrag von 15 Pf. festgesetzt. In den sehr lückalen und meist wirtschaftlich noch wenig entwickelten Gebieten spielt die „Religionsfeindschaft“ der Sozialdemokratie die größte Rolle. Die katholische Geistlichkeit treibt Eile ab. Einzelne Geistliche suchen bei den Unternehmern die Entlassung „roter“ Arbeiter zu bewirken. Troßdem macht die Partei und die Parteipresse gerade in ländlichen Orten überragende Fortschritte. Besonders erfreulich sind die Berichte aus dem bis vor einem Jahre fast ganz unzugänglichen Saargebiet. Die freie Jugendbewegung ist zurzeit nur in Köln und Bonn vertreten. Der Kölner Jugendausflug erhielt im vorigen Jahre 760 M., in diesem Jahre 500 M. aus dem staatlichen Jugendpflegefonds für die Jugendheimen. Irregelmäßige Bedingungen wurden an die Bewilligung des Betrages nicht gestellt. Ein Vortrag des Reichstagsabgeordneten Meerfeld leitete eine ausgedehnte

Aussprache über die politische Lage

ein. In den Grundfragen und in der entschiedenen Ablehnung der „unabhängigen“ Taktik herrschte volle Einmütigkeit. Der wachsende Unmut des Volkes über die Verhältnisse im Innern entlud sich aber in einer Reihe von Diskussionen, die das schärfere Auftreten unserer Fraktion im Reichstage und rücksichtslose Anprangerung der Mißstände im Lande und in den besetzten Gebieten forderten. Dringend erhoben wurde der Ruf nach einem Agrarprogramm. Viele Bauern seien für uns zu haben, wenn man ihnen klare Antwort über unsere Stellung zur Landwirtschaft, besonders zu den Kleinbetrieblern, geben könne. Eine einstimmig angenommene Entschließung verlangt von der Regierung Abkehr von den jetzigen Methoden und fordert die Fraktion auf, bei einer etwaigen Gesamtentscheidung über die Steuererlasse diese abzulehnen, wenn es nicht gelinge, die volkswirtschaftlichen Massenverbrauchssteuern daraus zu entfernen. Ferner wird die Fraktion ersucht, gegen die neue Verlängerung der Legislaturperiode des Reichstages zu wirken. Man wolle keinen achtjährigen Reichstag. Das Volk sehne sich danach, die Gegner des Versöhnungsfriedens und des gleichen Wahlrechts vernichtend zu schlagen. In einem ferneren Antrag wird die Fraktion aufgefordert, ihre Bemühungen zur Herbeiführung von internationalen Vereinbarungen gegen die Plünderangriffe außerhalb des Operationsgebietes fortzusetzen. Der Parteitag verlief ohne jeden Mißklang.

Letzte Nachrichten.

Der Zeitpunkt für Verhandlungen.

Genf, 1. Juli. Der Abgeordnete Pressemane verlangt im „Populaire“, daß die amerikanische Hilfe als Argument für die diplomatischen Verhandlungen zur Beendigung des Krieges benutzt werde. Der Zeitpunkt für Verhandlungen sei gekommen, da der wirtschaftliche Druck als Kompensation für die Kriegslage verwendet werden könne.

Paßverweigerungsbeileid.

Amsterdam, 1. Juli. Der sozialdemokratischen Zeitung „Het Volk“ zufolge erhielt Troelstra aus London ein von Henderson, Branting, Albert Thomas, Renaudel, Longuet, Dumas und anderen Delegierten der Arbeiterkonferenz unterzeichnetes Telegramm, in dem das Bedauern ausgesprochen wird, daß Troelstra der Reisepaß nach England verweigert wurde und die Delegierten insolge dessen außerstande waren, mit ihm „zur Erreichung des gerechten Friedens, den alle wünschen“ zusammenzutreten.

Hierzu ist zu bemerken, daß Wer eine die Paßverweigerung angreifende energische Debatte und einen ebenso energischen Beschluß des Kongresses der englischen Arbeiterpartei der Draht noch immer nicht berichtet.

Gründung einer kriegerischen Arbeiterpartei in England.

Rotterdam, 1. Juli. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London: Am Sonnabendabend fand eine Versammlung von Gewerkschaftsmitgliedern des äußersten rechten Flügels statt, in der beschlossen wurde, gegen die Kündigung des politischen Burgfriedens durch die Arbeiterpartei und gegen die allgemeine Haltung von Männern wie Henderson Widerstand zu leisten. Es wurde eine neue Partei gebildet, die nur aus Mitgliedern von Gewerkschaften besteht und keine Kur-Politiker aufnehmen wird. Den „Daily News“ zufolge hat es die neue Partei offenbar auf die Bekämpfung der Pazifisten abgesehen und darauf, guten Patrioten wie Roberts ihre Siege in der Regierung zu erhalten. Der Londoner Korrespondent des „Manchester Guardian“ meldet, daß es ihm nicht gelungen sei, ein maßgebendes Mitglied der Arbeiterpartei zu entdecken, das der neuen Partei irgendwelche Bedeutung zuschreibt. In der Zeitung der Arbeiterpartei, bei deren Wahl die Gewerkschaften den Ausschlag gaben, seien — um die Terminologie der Franzosen anzuwenden — die Rechts- und Minderheitssozialisten jetzt ungefähr gleich stark, und in der Partei scheine die Minderheit allmählich die Oberhand zu erlangen.

Kabinettskrise in der Ukraine?

Aus der Ukraine teilt Wolffs Bureau mit: Am 27. Juni empfing der Hetman eine Delegation des ukrainischen Semstwo-Kongresses, die eine Denkschrift überreichte über die Organisierung der Regierung in der Ukraine. Darin heißt es, daß die Politik des jetzigen Kabinetts Unzufriedenheit und Unruhe im Lande hervorruft, und daß daher ein neues nationales Kabinett gebildet werden müsse, welches bald die konstituierende Versammlung und den Staatsrat, der noch vor der Versammlung in Tätigkeit treten soll, einsetzen müsse. In ukrainischen Regierungskreisen spricht man von baldiger Kabinettsänderung. Es werden bereits mehrere Kandidatenlisten genannt.

Die spanische Grippe in Danzig.

Danzig, 1. Juli. Die spanische Grippe ist jetzt auch in den Danziger Garnisonslagerten festgestellt worden. Wie die „Danziger Zeitung“ meldet, ist der Verlauf der Krankheit bisher harmlos.

Gewerkschaftsbewegung

Die Aufwärtsbewegung der Gewerkschaften.

Die jüngste der von der Generalkommission veranstalteten Erhebungen über den Stand der Zentralverbände weist wiederum eine erfreuliche Vermehrung der Mitgliederzahl auf. Es hatten am Schluß des ersten Quartals 1918 die der Generalkommission angeschlossenen Zentralverbände (ohne die Verbände der Hörwäger und deutschen Eisenbahner) zusammen 1.336.519 Mitglieder, darunter 881.783 männliche und 454.736 weibliche. Gegen das 4. Quartal 1917 hat sich die Mitgliederzahl um 59.887 — 4,7 Proz. vermehrt.

Am Schluß des 2. Quartals 1918, also kurz vor Ausbruch des Krieges, zählten die gleichen Verbände 2.289.514 männliche, 221.071 weibliche, zusammen 2.510.585 Mitglieder. Ende des Jahres 1916 war mit 949.633 Mitgliedern der höchste Stand erreicht. Von da ab ging es ständig aufwärts. Bereits im ersten Quartal 1917 wuchs die Zahl der Mitglieder auf 1.006.285 und stieg dann bis zum Schluß des Jahres auf 1.276.632. Die stärkste Mitgliederzunahme, und zwar um 114.500 — 10,5 Prozent trat im vom zweiten zum dritten Quartal. Bemerkenswert ist, daß die Zahl der weiblichen Mitglieder gegenwärtig um 133.715 höher ist als vor dem Kriege. Die seit Anfang des Jahres einsetzende fröhliche Aufwärtsbewegung der Mitgliederzahl der Zentralverbände, die sich mit den besten Entwicklungsperioden der Gewerkschaften messen kann, berechtigt zu den schönsten Hoffnungen für die künftige Wachstumsentwicklung der Gewerkschaften nach dem Kriege. An Untersuchungen vorausgabten die Verbände seit Beginn des Krieges bis 31. März 1918 aufgenommen 72.272.715 M. Davon kommen auf Arbeitslosenunterstützung 25.425.589 M. und auf die Unterstützungen für Familien von Kriegsteilnehmern 26.205.493 M. Der erhebliche Teil der Arbeitslosenunterstützung, und zwar 21.558.086 M., wurde im ersten Kriegsjahr verausgabt. Der gegenwärtige Stand der Arbeitslosigkeit ist gering, es hatten die berichtenden Verbände am Ende des ersten Quartals 1918: 3645 männliche — 0,4 Proz. und 7231 weibliche — 2,1 Proz. arbeitslose Mitglieder, von denen 8888 aus Verbandsmitteln unterstützt wurden.

Süngerlöhne im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau.

Aus Vergarbeiterkreisen wird uns geschrieben: Krampfhaft sind Lebensmittelwucherer und Kriegsgewinnler sowie ihr Anhang in der Presse bemüht, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von sich abzulenken. Zu diesem Zwecke werden die unglaublichesten Mittelungen über hohe Arbeiterlöhne verbreitet. Wie es in Wirklichkeit in sehr wichtigen Industrien aussieht, zeigt die Lohnstatistik des ersten Quartals 1918 für den Oberbergamtsbezirk Halle. Nach derselben wurden folgende Löhne verdient:

| | Zahl der Beschäftigten | Schichtdauer | Durchschnittslohn pro Schicht | Durchschnittslohn pro Stunde |
|--------------------------------------------|------------------------|--------------|-------------------------------|------------------------------|
| Eigentl. Bergarb. (unterirdisch) | 4004 | 9,4 Std. | 7,74 M. | 82,8 Pf. |
| Eigentl. Bergarb. (im Tagebau) | 9294 | 11,5 . | 7,17 . | 62,3 . |
| Sonstige Bergarb. (unterirdisch) | 1947 | 9,4 . | 6,19 . | 65,9 . |
| Sonstige Bergarb. (im Tagebau) | 2388 | 11,5 . | 6,23 . | 57,7 . |
| Tagesarbeiter | 13004 | 10,9 . | 6,18 . | 56,6 . |
| Jugendliche unter 16 Jahren | 1359 | 10,9 . | 3,51 . | 32,2 . |
| Arbeiterinnen | 4733 | 10,9 . | 4,12 . | 37,7 . |
| In Durchschnitt aller Beschäftigt. 36734 | 10,9 Std. | 6,28 M. | 57,6 Pf. | |

Nur 4004 Arbeiter haben einen Stundenlohn von 82 Pf. im Durchschnitt erreicht, der bei den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht ausreicht ist. Alle anderen sind sogar noch weit darunter geblieben. Die Arbeiterkraft dieser in der Kriegswirtschaft äußerst wichtigen Industrie befindet sich in einer Notlage, wie sie schlimmer nicht sein kann. Wenn hier nicht bald Hilfe erfolgt, so besteht die Gefahr, daß die Arbeiterkraft gesundheitlich und wirtschaftlich zusammenbrechen muß. Die elenden Löhne dieser Arbeiterkraft bedeuten auch eine große Gefahr für den Staat und die Kriegswirtschaft; schon deshalb ist es dringend notwendig, daß seitens der Behörden Schritte zu einer schnellen und ausreichenden Besserung unternommen werden.

Lohnherabsetzung in der Kriegswirtschaft.

Die Offensiv gegen zeitgemäße Löhne, die schon seit Monaten in der Unternehmerpresse in Aussicht gestellt wurde, hat, wie es scheint, jetzt auf der ganzen Front eingesetzt. Aus den verfallenden Betrieben der Rüstungsindustrie kommen Nachrichten über Lohnherabsetzungen. Einen wichtigen Vorstoß gegen die derzeitigen Lohnsätze hat die Betriebsleitung der Pulverfabrik Gartenfeld, eine Abteilung der Siemens-Schuckertwerke, unternommen. Durch Anschlag vom 27. Juni gab die Betriebsleitung bekannt, daß sie sich wegen verringerten Auftrags und bedeutender Herabsetzung der Preise leider gezwungen sehe, den Betrieb einzuschränken und eine „geringe“ Reduzierung der Affordlöhne vorzunehmen. Vom 1. Juli ab treten neue Affordlöhne in Kraft, welche sich zu den bisherigen Affordlöhnen wie 7 zu 6 verhalten.

Das heißt also, ein Arbeiter, der bisher 70 M. in der Woche verdiente, wird von jetzt ab nur noch 50 M. verdienen. Und das nennt die Betriebsleitung der Pulverfabrik eine „geringe“ Lohnherabsetzung. Die Lohnkürzung wird damit begründet, daß der Auftraggeber der Fabrik, das Waffen- und Munitionsbeschaffungsamt die Preise herabgesetzt habe. Wenn das schon zutreffen mag, so ist schwerlich anzunehmen, daß die Preisherabsetzung ebenso bedeutend ist wie die Lohnkürzung. Jedemfalls können Betriebe der Rüstungsindustrie nach den Kriegsergebnissen, die sie seit Jahren gemacht haben, eine geringe Herabsetzung der Preise ohne Nachteil betragen. Dagegen kann man den Arbeitern billigerweise nicht zumuten, daß sie in der Zeit steigender Teuerung eine Herabsetzung ihres Lohnes um 30 Proz. hinnehmen sollen.

Textilarbeiterstreik in Plauen i. V.

Bei der Firma Deutsche Textilwerke A.-G. in Plauen i. V. stehen seit mehreren Wochen circa 800 Arbeiter und Arbeiterinnen wegen Lohnminderungen im Aufstand. Im August vorigen Jahres entschied der Plauerer Schlichtungsaußenrat auf Anrufen dahin, daß der wöchentliche Lohn für 58 geleistete Arbeitsstunden für männliche Arbeiter 27 M., für Arbeiterinnen 26 M. betragen soll; für Arbeiterinnen, die noch nicht in der Erande beschäftigt gewesen sind, sollte ein niedrigerer Lohn gezahlt werden. Obwohl der Spruch wesentlich hinter den Forderungen der Arbeiter zurückblieb, nahmen ihn diese an. Die Firma unterwarf sich jedoch dem Schiedsspruch nicht, sie hat im Gegenteil die Löhne gedrückt.

Schon am 20. April kam es durch die fortwährenden Lohnrücksetzungen zu einem Streik in einem Teil des Betriebes. Die Ursache war eine 10prozentige Lohnkürzung. Durch das Kreisreferat Plauen der Kriegswirtschaftsbehörde Leipzig wurde damals die Differenz beigelegt, indem die Direktion erklärte, von ihren Maßnahmen Abstand nehmen zu wollen. Die Direktion hat aber nur scheinbar das gegebene Versprechen gehalten. Durch Abschaffung der Affordarbeit und Einführung der Lohnarbeit hat die Firma trotzdem die Lohnkürzung durchgeführt. Ja, sie hat noch weitere Lohnkürzungen durchgeführt, indem bisher bezahlte Vergütungen nicht mehr gezahlt wurden. Die Kriegswirtschaftsbehörde hat sich der Forderungen der Arbeiter angenommen. Es sollen jetzt Kalkulationsprüfungen an Ort und

Stelle stattfinden, so daß zu erwarten ist, daß trotz aller schärfer-macherischen Klären die Arbeiter doch zu ihrem Recht gelangen werden.

Die Verschmelzung der Technikerbünde beschlossen.

Der Vorstand des Bundes der technischen Angestellten hat seinen Mitgliedern die Einigungsvorschläge, die als Ergebnis der Verhandlungen mit dem Bund der technisch-industriellen Beamten gewonnen worden sind und über die wir feinerzeit berichtet haben, zur Annahme empfohlen und zur Ermittlung des Mitgliederwillens eine Urabstimmung veranstaltet. Das Ergebnis liegt jetzt vor. Wie der „Technische Angestellte“ mitteilt, haben 90 Proz. der Mitglieder an der Abstimmung teilgenommen und nur ein einziger hat sich gegen die Annahme der Vorschläge ausgesprochen. Die Einigung ist also von einer sehr großen Mehrheit gutgeheißen worden, ein deutliches Zeichen, wie sehr die von der Leitung des Bundes der technischen Angestellten wiederholt ausgesprochene Einigungsbereitschaft von den Mitgliedern geteilt wurde.

Da die Verschmelzung in der Weise durchgeführt werden soll, daß die gesamte Mitgliedschaft des V. t. A. in den V. t. I. A. übergeführt wird, ohne daß gegenwärtig an dem Bestande oder der Verfassung des letzteren etwas geändert wird, war es nicht erforderlich, die Mitglieder des Bundes der technisch-industriellen Beamten ebenfalls um ihre Meinung zu befragen. Es ist aber wohl als gewiß anzunehmen, daß der Einigungswille der Mitglieder des V. t. I. A. hinter demjenigen in V. t. A. nicht zurücksteht und daß daher die Vereinigung der beiden Mitgliederbestände mehr bedeuten wird als die bloße Vernetzung einer höchst bedauerlichen Organisationszerstückelung. In diesem Sinne schreibt der „Technische Angestellte“ in seiner Schlussnummer:

„Vom 1. Juli ab gibt es wieder nur einen gewerkschaftlichen Berufsverein für die technischen Angestellten. Die Schranken sind beseitigt, die während dreier Jahre die machtvolle Entfaltung vereinter Willenskraft verhindert haben, und wir sind überzeugt, es sind nicht nur die ähmeren Schichten, die förmlichen Schichtenwände zweier nebeneinander bestehender selbständiger Organisationen, die mit dem 1. Juli fallen. Wir haben den zuverlässigen Glauben, daß mit dem Erstarren des Einigungswillens eine weit tiefergehende Umwandlung herbeigeführt worden ist und daß die Zeit der Trennung ihre heilsame Kraft auch an den Köpfen und Herzen der technischen Angestellten bewährt hat.“

Am Ende wird noch besonders hervorgehoben, daß die Einigung keine Unterdrückung abweisender Ansichten zur Voraussetzung habe. Sachliche Gegenstände seien dazu da, um ausgetragen zu werden, nur müsse dies in sachlicher Form und ohne Vermengung mit persönlichem Streit geschehen. Es wäre zu wünschen, daß diese Erkenntnis Gemeingut aller technischen Angestellten würde. Denn damit wäre zweifellos die beste Grundlage für eine neue Blütezeit der gewerkschaftlichen Technikerbewegung geschaffen.

Werkwohnungen und Kriegsteilnehmer.

Die Werkwohnungen waren schon immer ein Schmerzpunkt für die Gewerkschaften und erwiesen sich namentlich bei Vorkämpfen als Hindernis. Um so erfreulicher schien es, als wenigstens bei Kriegsausbruch die Werkwohnungen a. B. den Glasarbeitern in vielen Fällen auf die Riete der in Werkwohnungen wohnenden Kriegstrauen.

Jetzt zeigt aber auch dieses Entgegenkommen seine Kehrseite: wenn die Kriegsteilnehmer zurückkehren, verdrängt Glasindustrie nachträglich die Riete einzuziehen. Der Verband der Glasarbeiter hat darüber wiederholt mit den Glasindustriellen verhandelt und am 4. Juli 1918 unter dem Vorsitz des Regierungspräsidenten von Frankfurt a. O. oder in Stuttgart ganz bestimmte Vereinbarungen mit ihnen getroffen. Die anwesenden Industriellen erklärten sich bereit, keine nachträgliche Einziehung der Wohnungsmiete vorzunehmen und die übrigen Industriellen im gleichen Sinne zu beeinflussen.

Aber diese Abmachungen werden jetzt nicht eingehalten. Unter den Firmen, die das Versprechen abgegeben hatten, befand sich auch die Adlerhütte in Pöngitz bei Görlitz. Der Direktor ist inzwischen gestorben, der Regierungspräsident hat gewechselt, und ungestört zieht die Firma den Kriegsteilnehmern, die inzwischen von ihr reklamiert wurden, in jeder Woche 10—15 M. an rückständiger Wohnungsmiete ab. Die Arbeiter wagen es nicht, dagegen aufzutreten, weil sie ihre Wiedereinberufung zum Heeresdienst befürchten.

Bei allen Lohnforderungen der Glasarbeiter haben die Industriellen sich darauf berufen, daß die freie Werkwohnung die Unternehmungen sehr stark belaste und höhere Löhne deswegen nicht bewilligt werden könnten. Vergessen haben die Arbeiter wiederholt erklärt, sie wollten lieber einen den Teuerungsverhältnissen entsprechenden Lohn und würden dann selbst die Wohnungsmiete für die Kriegstrauen durch Sammlungen zusammenbringen. Die Industriellen blieben dabei, daß sie den Kriegstrauen die Wohltat des Mieterlasses zuwenden, während sie es doch in Wahrheit auf Kosten der Arbeiter taten. Jetzt werden noch nachträglich die Mietkosten wieder eingetrieben. Am schlimmsten geht es dabei den Glasarbeitern, welche den Betrieb wechseln. Ein solcher Kriegsteilnehmer, der drei Jahre im Felde gewesen war, bekam unmittelbar nach Aufnahme der neuen Arbeit einen Zahlungsbefehl über 700 M. rückständiger Miete und 37 M. Kosten. Erst das erteilte Einreiseverbot der Gewerkschaft veranlaßte die Firma, wenigstens den Zahlungsbefehl zurückzunehmen. Aber die Wohltat der Werkwohnungen hat sich auch jetzt wieder als so zweifelhaft erwiesen, daß die heimgekehrten Kriegsteilnehmer deswegen ihres Lebens nicht froh werden.

Metallarbeiterstreik in der Schweiz.

Aus Paris wird uns geschrieben: Die Arbeiter der drei großen Maschinenfabriken in Winterthur, Gebrüder Sulzer, Lokomotivfabrik und Aktiengesellschaft Rieter, haben Donnerstagabend beschlossen, am Freitagmorgen in den Streik zu treten, nachdem sich die Verhandlungen über die Erhöhung des Stundenlohnes und der Reduktion der Arbeitszeit auf neun Stunden zerschlagen und auch ein Versuch des staatlichen Einigungsamtes, eine Vermittlung zwischen den Parteien herbeizuführen, verlagert hatte. Am dem Streik werden ungefähr 18—20.000 Arbeiter beteiligt sein. Er dürfte an Zahl und Umfang der größte Streik sein, der sich seit Kriegszeit in der Schweiz abspielte.

Soziales.

Heilbehandlung für lungentranke Kriegsbeschädigte.

Zwischen dem Kriegsministerium und dem händigen Ausschuss der Landesversicherungsanstalten sind jetzt die Verhandlungen über die Heilfürsorge für die versicherten Kriegsbeschädigten zum Abschluß gekommen, die zunächst nur für die Kriegsdauer gelten. Auch bei Lungentranke sind in der Regel die Fürsorge der Heeresverwaltung bei den Kriegsbeschädigten mit ihrer Entlassung beendet, da die jetzigen gesetzlichen Vorschriften die Gewährung von Heilbehandlung nach der Dienstentlassung nicht kennen. Um die dadurch entstehenden Härten auszugleichen, haben sich die Landesversicherungsanstalten zur Hebernahme der Fürsorge bereit erklärt. Jeder bereits entlassene Kriegsbeschädigte, der ein Heilverfahren wünscht, hat keine Anträge beim zuständigen Bezirkskommando einzubringen, und wenn die Heeresverwaltung die Einleitung eines Heilverfahrens selbst ablehnt, so wird von ihr der Antrag an die zuständige Landesversicherungsanstalt weitergegeben, die dann für die sofortige Einleitung des Heilverfahrens Sorge trägt.

Die früher mit der Landesversicherungsanstalt Brandenburg getroffenen weitergehenden Vereinbarungen sind durch die neuen, allgemeinen Abmachungen nicht berührt worden. Der Personenkreis,

dessen Schutz die Landesversicherungsanstalt Brandenburg übernommen hat, ist erheblich größer. Er umfaßt alle Kriegsbeschädigten, gleichviel, ob sie versicherungspflichtig, versichert oder nicht versichert sind, sofern sie nur sozial dem Kreise der Versicherungsanstalt angehören. Es wird bei diesen Fürsorgemaßnahmen auch nicht unterschieden zwischen Heilbaren und Unheilbaren. Nur bei der Kostendeckung wird ein Unterschied gemacht. Bei den heilbaren lungentranke Kriegsbeschädigten übernimmt die Landesversicherungsanstalt die gesamten Kosten, während sie bei den Unheilbaren die Kosten nicht allein, sondern im allgemeinen nur bis zu einem Drittel trägt, während der andere Teil von dritter Seite mit aufgebracht werden muß. Dabei kommen in Betracht erstens die Kriegsbeschädigten selbst, die die ihnen zustehende Invalidenrente — nicht die Militärrente, die ihnen zugewilligt worden ist — ganz oder teilweise der Landesversicherungsanstalt überlassen sollen, namentlich, soweit sie nicht verheiratet sind; zweitens die Gemeinden und Gemeindeverbände, drittens die Beihilfen der provinziellen Kriegsbeschädigtenfürsorge. Bei der Unterbringung soll darauf Bedacht genommen werden, daß der Kriegsbeschädigte in seinem bisherigen oder, wenn dies nicht möglich ist, in einem anderen für ihn geeigneten Beruf zurückkehrt oder darauf vorbereitet wird. Eine Aufgabe, die im wesentlichen den örtlichen Kriegsbeschädigtenfürsorgestellen zugewiesen wurde, die sich dabei im weitgehendsten Maße der Mithilfe der zuständigen Lungenerfürsorgestellen zu bedienen haben.

Die mit der Landesversicherungsanstalt Brandenburg getroffenen Vereinbarungen gehen so erheblich über das hinaus, was mit dem Ausschuss der Landesversicherungsanstalten abgemacht worden ist, daß nur bedauert werden kann, daß diese besonderen Abmachungen nicht zur allgemeinen Regel geworden sind.

Arbeitsmaterial für kriegsblinde Korbmacher.

Die Korbmacherei ist eines der Gewerbe, die von jeher a. s. für Blinde geeignet gegolten haben. Auch viele Kriegsblinde sind diesem Berufe zugeführt worden. Es stellt sich jedoch immer mehr und mehr heraus, daß das erforderliche Arbeitsmaterial im freien Handel kaum zu beschaffen ist. Deshalb hat die Kriegswirtschaftsabteilung des Kriegsamt ihre amtlich bestellten Aufkäufer angewiesen, dafür Sorge zu tragen, daß Kriegsblinde, gebrechliche und erblindete Korbmacher das zur Ausübung ihres Berufs notwendige Material vorzugsweise zugewiesen wird. Für den Bereich der Provinz Brandenburg und für Berlin kommen dabei folgende Aufkäufer in Frage: 1. Josef Wilde, Berlin, Märkischer Platz 1, 2. Weidenbau- und Verwertungsgenossenschaft Zugun in Zugun, Kriegsblinde wenden sich jedoch am besten nicht an die Genannten, sondern direkt an den Direktor der Königl. Blindenanstalt in Berlin-Steglitz, der sowohl bei der Materialbeschaffung als auch bei der Erstellung von Aufträgen auf Geschloßhöhe das Weitere veranlaßt. In anderen Landesteilen wenden sich die Kriegsblinden am besten an die Regierungspräsidenten.

Pautätigkeit und Wohnungsnot in deutschen Städten.

Von den deutschen Stadt- und Landkreisen werden gegenwärtig die Ergebnisse der Ende Mai d. J. veranstalteten Reichswohnungsabfrage bearbeitet, die nähere Aufschlüsse über die weitere Entwicklung der Wohnungsfrage während der Kriegszeit bringen wird. Inzwischen veröffentlicht das Reichsstatistische Amt in einer Sonderbeilage zum „Reichs-Arbeitsblatt“ die Ergebnisse seiner alljährlichen Erhebungen über den Wohnungsmarkt in deutschen Städten. Es liegen diesmal Antworten von 93 Städten vor. Was zunächst die allgemeine Lage des Baumarktes anlangt, so hat die Beschäftigungslosigkeit der Bauarbeiter im Jahre 1917, wie die Arbeitslosenverhältnisse und die Beschäftigungszahlen der Betriebskrankenkassen zeigen, weiter zugenommen. Auf der anderen Seite hat sich der Absatz an Grundstücken, besonders an bebauten, fast ausnahmslos gehoben. Die Pautätigkeit selbst hat, wie die Zahlen der Baugenehmigung für Wohnhäuser erkennen lassen, im Jahre 1917 einen weiteren scharfen Rückgang genommen. Die Höchstzahl der erteilten Baugenehmigungen wies München mit 37 auf, dann folgt Berlin mit 25. Die meisten deutschen Städte haben eine noch geringere Pautätigkeit für Wohnhäuser zu verzeichnen; in Bremen, Dresden, Charlottenburg, Chemnitz, Hannover, Leipzig, Lübeck und Rannheim war im vorigen Jahre überhaupt kein einziger Fall einer Baugenehmigung für ein Wohngebäude zu verzeichnen. In ganz Baden wurden 1917 nur 14 neue Häuser mit 24 Wohnungen hergestellt.

Der Anteil der Wohngebäude an den neu errichteten Bauten ist verhältnismäßig niedrig; z. B. in Charlottenburg mit nur 8,33 gegen 55,56 Proz. im Jahre 1915. In diesem Jahre war noch in 41 deutschen Städten mehr als die Hälfte der neuen Gebäude Wohngebäude, 1916 jedoch nur noch in 33 und 1917 nur noch in 14 Gemeinden. Die Pautätigkeit hat sich also trotz steigender Wohnungsnot immer weniger der Errichtung von Wohngebäuden zugewendet. In 37 Städten, für die vergleichbare Angaben vorliegen, wurden 1914 noch 5697 Häuser mit 82.330 Wohnungen errichtet, 1917 dagegen nur 425 mit 1712 Wohnungen! Die Lage wird dadurch verkompliziert, daß die Zahl der Leerwohnungen sich überall vergrößert hat. Nur eine einzige Stadt von 41, von denen mit dem Vorjahre vergleichbare Zahlen vorliegen, weist eine kleine Zunahme der Leerwohnungen auf: Essen mit der Zunahme von 0,2 auf 0,3 Prozent. In Groß-Berlin sind die Bombentabellen für leere Wohnungen durchaus gesunken: in Berlin von 6 Proz. im Jahre 1916 auf 5,1 Proz. im Jahre 1917; in Lichtenberg von 4,3 auf 3,1 Proz., in Schöneberg von 4,4 auf 3,2 Proz., in Wilmersdorf von 4,1 auf 2,7 Proz. und in Charlottenburg von 4,2 auf 2,6 Prozent. Dieser erhebliche Rückgang muß die Verhältnisse, es könnte in absehbarer Zeit eine dringende Wohnungsnot auftreten, aufs höchste heikeln. Den größten Wohnungsdrat hatte Hamburg mit 6,4 Proz. leerer Wohnungen. 17 Städte haben dagegen nicht einmal 1 Proz. Leerwohnungen. In den Groß-, namentlich den Industrie- und Regungsstädten herrscht ein so empfindlicher Wohnungsmangel, daß dagegen beschleunigte und durchgreifende Maßnahmen am Platze erscheinen. Die Verklammerung hat von Jahr zu Jahr weiter um sich gegriffen und dürfte, wenn nicht sofort tatkräftige Maßnahmen getroffen werden, noch weiteren Umfang gewinnen. Für Kleinwohnungen allein berechnet stellt sich die Leerwohnungsanzahl in 32 von 61 Gemeinden etwas höher als die Leerziffer für Großwohnungen und zwar u. a. in Lichtenberg mit 3,1 für Klein- und 1,8 Proz. für Großwohnungen. Dagegen ist das Verhältnis umgekehrt und daher für Kleinwohnungen ungünstiger u. a. in Berlin mit 5,4 Proz. leeren Klein- und 0,4 Proz. leeren Wohnungen von 5 und mehr Räumen, in Schöneberg mit 2,4 gegen 5,2 Proz., in Wilmersdorf mit 2 gegen 3,8 Proz. und in Charlottenburg sogar mit 1,8 gegen 5,5 Proz. an leerstehenden Großwohnungen.

Industrie und Handel.

Suezkanal und U-Boot-Krieg.

Aus Paris wird gemeldet: Nach dem Berichte des Verwaltungsrates des Suezkanals erreichte im Jahre 1917 der Verkehr im Kanal 8.369.600 Tonnen gegen 20.633.884 im Jahre 1913. Die Einnahmen für Kanalgebühren gingen auf 61.076.415 Frank zurück gegen 122.989.367 Frank, und dies trotz einer 36 prozentigen Erhöhung der Kanalgebühren. Die mittlere Tonnage betrug 3557 Tonnet, was einen Rückgang von 400 Tonnen gegen 1916 bedeutet. Dies ist auf den Tonnagemangel zurückzuführen, der notwendig macht, daß man kleine und kleinste Einheiten heutzutage überseeische Häfen machen lassen muß.

Verantwortlich für Inhalt: Erich Kautner, Berlin; für den äußeren Teil des Blattes: Alfred Schatz, Krefeld; für den inneren Teil: Theodor Wiede, Berlin. Verlag: Hermann-Brosch, G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Brosch-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., in Berlin, Lindenstraße 3. Preis 1 Pfennig und Unterstufungskarte.